



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 3/2014

8. Jahrgang

ISSN 1869-1684

JAHRESRÜCKBLICK
Schlafwandler
2014

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK
Review
der Review

SCHWERPUNKT
Unser täglich Brot
Das Recht auf Nahrung

Gute Nachrichten von der Welthungerhilfe: Laut einem Bericht vom Oktober 2014 ist die Zahl der hungernden Menschen in den letzten Jahren in den meisten Ländern stetig gesunken. Steht ein Sieg im Kampf gegen den Welthunger unmittelbar bevor? Noch lange nicht: In 39 Ländern gilt die Ernährungslage der Bevölkerung als »ernst«, in 14 weiteren als »sehr ernst«. Eritrea und Burundi behalten die Einstufung »gravierend« aus dem Vorjahr. Zudem muss auch für diesen Index eine Dunkelziffer angenommen werden: Für Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo und Somalia liegen keine Daten vor, sondern lediglich die Vermutung, dass auch die dortige Bevölkerung vom Hunger stark betroffen ist. Was mit Blick auf die politische Lage nicht verwundert: Leiden diese drei Staaten doch immer noch unter den Kämpfen der dort aktiven Warlords, Terrorgruppen oder Milizen.

Doch es ist nicht allein der akute Hunger, der weiterhin Sorgen bereitet. Die Welthungerhilfe zählte für 2014 nicht nur 805 Millionen Menschen, die an Unterernährung leiden, sondern zwei Milliarden Menschen, die vom sogenannten versteckten Hunger betroffen sind: einem Mangel an lebenswichtigen Vitaminen und Spurenelementen, der vor allem bei Neugeborenen in den ersten 1.000 Tagen zu dauerhaften Schäden führt. Dieses Problem betrifft nicht nur Entwicklungs- sondern auch Schwellen- und Industrieländer.

Kein Zweifel: Nahrungsmittelknappheit ist ein sicherheitspolitisches Thema. Die Zusammenhänge zwischen Hunger, Armut und Konflikten sind so offenkundig, wie sie in der Wahrnehmung durch die »sicherheitspolitische Community« weder besondere Aktualität noch große Prominenz besitzen. Es ist ein eher verstecktes, aber dafür permanentes Thema, wie die Zahlen oben belegen.

Auch die Menge an Zuschriften, die nach einem Call for Paper die *ADLAS*-Redaktion erreicht haben, nähert sich keineswegs statistischer Relevanz. Doch fanden wir es bemerkenswert, dass sich zu dem Schwerpunkt ausschließlich Autorinnen meldeten, die zudem nicht immer einen sofort erkennbaren sicherheitspolitischen Bezug in Studium oder Beruf aufweisen. Es freut uns einerseits, dass Themen des *ADLAS* auch jenseits des sicherheitspolitischen Teichs wahrgenommen werden. Bedeutet das andererseits, dass trotz jahrelanger Debatten und Sonntagsreden über erweiterte beziehungsweise vernetzte Sicherheit vor allem männliche Vertreter immer noch eher bei den »klassischen« Themen dümpeln wollen?

Den Blick über den eigenen Horizont hinaus zu fördern und zu fordern, wird auch 2015 ein Ziel des *ADLAS* sein. Wir hoffen, dass Sie uns auf diesem Wege weiter begleiten und wünschen Ihnen für das neue Jahr alles Gute und ein friedliches Miteinander! ...

Ihre ADLAS-Redaktion

»Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 57.000 Menschen jeden Tag; eine Milliarde sind schwerst unterernährt. Und das auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt und eigentlich zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte.«

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung von 2000 bis 2008



Titelfoto: Oxfam Foto diese Seite: UN/Albert Gonzalez Farran

INHALT

SCHWERPUNKT: DAS RECHT AUF NAHRUNG

- 7 POLITIKKONZEPT: **Sicherheit durch Souveränität**
Kleinteilige sozial-ökologische Landwirtschaft ist die Antwort auf eine multiple Krise der Gegenwart.
- 13 GENTECHNIK: **Zwischen den Stühlen**
Um ihre Landwirtschaft wird eine heiße Debatte geführt, die die Länder Afrikas nicht ohne Einfluss von außen führen können.
- 19 LAND GRABBING I: **Bodenrausch**
Die »Ware« Land ist bei Investoren immer gefragter – doch welche Folgen hat das?
- 26 LAND GRABBING II: **Problem oder Lösung?**
Ausländische Direktinvestitionen in Land in Sierra Leone sollen auch entwicklungspolitische Ziele erreichen – zumindest in der Theorie.
- 32 TRANSPORT UND LAGERUNG: **Wichtig ist, was drum ist**
Lebensmittelverschwendung in Afrika ließe sich relativ leicht durch die richtigen Verpackungen bekämpfen.
- 36 NOTIZ / WIRTSCHAFTSKRIEG: **Apfelopfer**
- 38 LITERATUR: **Mehr als eine »Hunger-Games-Fassung« von »Empört Euch!«**
Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler klagt die westliche Welt an: »Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt«.



Grundrecht

Seite 5



Anklage

Seite 38

INHALT

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 41 WELTADLAS / JAHRESRÜCKBLICK: **Schlafwandler 2014**
Statt Lehren aus der Vergangenheit lieferte das Jahr Antworten auf Fragen der Gegenwart und Zukunft, die niemand mehr stellen wollte – und die Welt ist die gleich geblieben wie zuvor.
- 48 ESSAY: **Diplomat und Brückenbauer**
Die Zukunft deutscher Außenpolitik liegt in einer Führungsrolle als Brückenbauer.
- 52 DEUTSCHE AUSSENPOLITIK: **Die Review der Review**
Eine persönliche Erfahrung aus einem Essaywettbewerb des Auswärtigen Amts, einem »Facebook-Berlin-Talk« und mit Frank-Walter Steinmeier
- 54 MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT: **»Hände weg von der Ukraine«**
Im Fahrwasser der Ukraine-Krise formiert sich eine neue Gegenöffentlichkeit in Deutschland. Eine Analyse
- 58 ISLAMISTISCHER TERRORISMUS: **Rückkehr der Dschihad-Ritter**
Was darf der Staat? Bürgern das Reiserecht entziehen oder von ihnen verübte Straftaten im Ausland in Kauf nehmen?

2 EDITORIAL

3 INHALT

62 LITERATUR

64 IMPRESSUM UND AUSBLICK



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen •••

oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

SCHWERPUNKT: DAS RECHT AUF NAHRUNG



Ein (zu) oft gesehenes Bild: Säcke schleppen fürs Überleben. Die alleinerziehende Martha Nyandit, 42, und ihre sechs Kinder zwischen 16 Jahren und 2 Monaten gehören zu denen, die wegen bürgerkriegsähnlicher Zustände im Südsudan zu Binnenflüchtlingen geworden sind. Sie erhält hier Hilfe von der internationalen Hilfsorganisation Oxfam, Sommer 2014.

Foto: Oxfam/Pablo Tosco



Das Recht auf Nahrung kann zum Kriegsgrund werden – und zur Gestaltung des Friedens beitragen:
Hier sorgt die UN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA) zusammen mit der International Organization for Migration (IOM) im Sommer 2014 für die Grundversorgung von 2.000 entwaffneten Kämpfern der »Séléka«-Rebellenorganisation in drei Lagern in Bangui.

Foto: UN/Catianne Tijerina

SICHERHEIT DURCH SOUVERÄNITÄT

VON DONA BARIRANI

Die Bewegung für Ernährungssouveränität löst zunehmend das lange herrschende Paradigma der Ernährungssicherheit ab. Zahlreiche internationale und Europäische Allianzen sowie eine engere Kooperation zwischen der FAO und der Bauernorganisation »La Vía Campesina« sind nur ein Ausdruck davon. Basierend auf einer sozial-ökologischen Landwirtschaft wird mit Ernährungssouveränität nicht nur das Recht auf Nahrung geltend gemacht, sondern dieses mit dem Recht auf Produktion verbunden.

Initiativen für eine solidarische Landwirtschaft nehmen stetig zu: 2009 gab es hierzulande neun sogenannte »CSA-Höfe« (community-supported agriculture), die sich für eine sozial-ökologische Landwirtschaft einsetzen. Heute sind es 65, gefolgt von weiteren 73 Initiativen. Dieser enorme Anstieg ist jedoch nicht auf Deutschland begrenzt, sondern findet in globalem Maßstab vergleichbaren Ausdruck. Er ist Teil der aufkommenden Bewegung für Ernährungssouveränität. Die Gründe für diesen gesellschaftlichen Wandel sind nicht auf klassische Ernteausfälle, einzelne Handelsabkommen oder Konflikte mit dem industriellen Sektor reduzierbar.

Vielmehr sind wir heute gesamtgesellschaftlich mit einer »multiplen Krise« konfrontiert, die sich durch eine Reihe einzelner Krisenphänomene auszeichnet, die miteinander zusammenhängen und

sich gegenseitig verstärken. Dabei steht vor allem unsere Ernährung in starker Relation zur Ökologie, der Wirtschaft und zum Energiebereich, insbesondere der Endlichkeit fossiler Energien. Um diesen Abhängigkeiten entgegenzutreten und das Recht auf Nahrung langfristig zu sichern, muss daher die ökologische Krise gemeinsam mit der Wirtschaftskrise, die keinesfalls überwunden ist, problematisiert werden.

Die Bewegung für Ernährungssouveränität zielt auf eben diese Problemfelder ab und denkt Ökologie und Wirtschaft zusammen. In Bezug auf Europa steht vornehmlich die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im Kreuzfeuer der Kritik. Die Bewegung kritisiert hier insbesondere die Saatgutverordnung, die Regelung für geistige Eigentumsrechte und die Hygienrichtlinien der EU. Auch spricht sie sich expli-

zit gegen den Einsatz von genveränderten Organismen (GVO) aus, der in einigen Europäischen Ländern wie Spanien gängig ist. Die Problematisierungen beschränken sich freilich nicht auf Europa, sondern beziehen die globale Dimension der GAP mit ein. Die langjährige Verfolgung von Effizienzstrategien hat zu signifikanten Überproduktionen geführt, die in den globalen Süden verschifft werden und den dortigen Märkten großen Schaden zufügen. In der Tat bezahlen die Konsument_innen auch in Europa nicht den wahren Preis für Nahrungsmittel. Ermöglicht wird dies durch enorme Subventionen, die sich sukzessive nachteilig auf Klein- und Landbauern_innen auswirken.

Was die Bewegung in Europa fordert, ist deshalb vor allem die Würdigung der bäuerlichen Arbeit sowie eine stärkere Marktregulierung, mit der das +

bäuerliche Einkommen über einen fairen und stabilen Preis geregelt werden kann. Gegenwärtig werden die hintergründigen Kosten der Nahrungsmittelproduktion mitunter durch den Zwischenhandel, die Finanzmärkte und die großen Supermarktketten bestimmt. Aus diesem Grund legt die Bewegung besonderes Gewicht auf die direkte Beziehung zwischen Konsument_innen und Erzeuger_innen. Auf lange Sicht ist sogar der Wegfall dieser Unterscheidung eines der großen Ziele. Eines der wichtigsten Instrumente zur Erzielung dieses Vorsatzes, ist die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) mit den eingangs erwähnten CSA-Höfen oder auch Lebensmittelkooperativen, den sogenannten »FoodCoops«. Die SoLaWi zeichnet sich insbesondere durch den selbstbestimmten Einsatz monetärer Mittel zur Beschaffung ökologischer Lebensmittel aus, damit nicht nur Besserverdienende das Privileg gesunder Lebensmittel genießen dürfen. Denn es gilt das Recht des Einzelnen auf eine gesunde Ernährung.

Auch wenn eine institutionelle Implementierung dieses sozial-ökologischen Ansatzes in Europa derweil noch in den Kinderschuhen steckt, wurde er bereits in den Verfassungen von Bolivien, Venezuela, Ecuador und Nepal konsolidiert. Zudem haben Senegal und Mali Maßnahmen in dieser Hinsicht ergriffen. In unseren Breitengraden wurde 2011 mit dem ersten Europäischen Forum für Ernährungssouveränität ein wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht. Dieses hat zur Bildung vielzähliger Allianzen in Österreich, Großbritannien, Frankreich und Deutschland geführt.

Benannt sind diese nach »Nyéléni«, einer malischen Bäuerin, um sowohl ideelles Gewicht auf den globalen Süden zu legen als auch die Unterdrückung der Frauen in der Landwirtschaft zu untermauern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer die Menschen überhaupt ernährt. Anders als vom Agrobusiness häufig proklamiert, sind es die Klein- und Landbäuer_innen, die einen Großteil der weltweiten Bevölkerung ernähren, wie Uwe Hoering in seiner Schrift »Who feeds the World« (2008) des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) darlegt.

ANDERS ALS VOM AGROBUSINESS HÄUFIG PROKLAMIERT, SIND ES DIE KLEIN- UND LANDBÄUERN_INNEN, DIE EINEN GROSSTEIL DER WELTBEVÖLKERUNG ERNÄHREN.

Ackerflächen für Nahrungsmittel stehen dabei zunehmend in Konkurrenz zum Anbau von Pflanzen für Futtermittel und zur Bioenergiegewinnung. Dass es sich hierbei nicht um ungenutzte Flächen, sondern eine reale Flächenkonkurrenz handelt, wird durch Studien zusehends eingesehen, wie das BMZ-gestützte Institut für Ökonomie und Ökumene »SÜDWIND« bestätigt.

Neben diesen Bedingungen ist zu betonen, dass Nahrungsmittel nicht notwendigerweise effizienter von Großlandwirt_innen erwirtschaftet werden. Klein- und Landbäuer_innen wissen ihre Felder in

aller Regel wesentlich produktiver und nachhaltiger zu nutzen als Bewirtschafter_innen von Monokulturen. Dieser viel diskutierte Punkt mag zunächst überraschen, doch wird er durch den Weltagrarbericht von 2009 und neueren Studien wie beispielsweise von R. Munang und J.N. Nkem untermauert. Im Grunde kommt die Annahme von produktiveren Großbetrieben und weniger produktiven Kleinbetrieben aufgrund zweier Verzerrungen zustande. Die erste bezeichnet die fehlende Trennung zwischen Wertschöpfung pro Arbeitskraft und flächen-

bezogener Gesamtproduktivität des jeweiligen Betriebs, sowie des damit verbundenen Energieverbrauchs, ersichtlich im Weltagrarbericht (S. 59–60). Die zweite Verzerrung betrifft den Vergleich zwischen marginalisierten und unterversorgten Kleinbetrieben mit Großbetrieben, die auf chemische Mittel und Erdöl zurückgreifen, wie Peter Clausing darlegt. Allgemein ist Suffizienz also ganz klar gegen den altbekannten Effizienzgedanken zu stellen.

In diesem Sinne wurde das Konzept der Ernährungssouveränität 1996 von der Klein- und Landbäuerinnenorganisation La Vía Campesina als eine +

Reaktion auf das WTO-Abkommen von 1994 entwickelt. Ernährungssouveränität wird verstanden als »das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Be-

verankert wurde. Dabei wird dieses Recht signifikant mit dem Recht auf Produktion in eine Linie gebracht. Anders als durch das Konzept der Ernährungssicherheit ausgedrückt, wird hier die Frage nach Machtverhältnissen im globalen Nahrungsmittelsystem gestellt. Im Kern geht es darum, wer wel-

IM KERN GEHT ES DARUM, WER WELCHE KONTROLLE ÜBER DIE VERTEILUNG VON NAHRUNG IN EINER GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT HAT.

völkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne« (Nyéléni Deklaration 2007).

Mitnichten handelt es sich um ein Patentrezept, ein einheitliches Konzept oder gar eine politische Strategie. Ebenso wenig lässt es sich per se als eine konventionelle Forderung nach landwirtschaftlichen Reformen durch Kleinbäuer_innen begreifen. Vielmehr handelt es sich um einen Vorschlag für eine soziale Transformation, welche auf jedem Kontinent, in jedem Land und in jeder Region anders erreicht werden kann und soll ohne dabei eine Homogenisierung dieser Prozesse anzuvisieren. Das übergeordnete Ziel ist in jedem Fall das Recht auf Nahrung, welches in der UN-Sozialcharta von 1966

che Kontrolle über die Verteilung von Nahrung in einer Gesellschaft und Wirtschaft hat.

Insbesondere sind Programme und Maßnahmen in Frage zu stellen, die negative Konsequenzen für Kleinbäuer_innen und Arme aus ländlichen Gebieten implizieren. Ein wesentlicher Aspekt ist, dass das Recht auf Ernährungssouveränität nicht als individuelles Recht verstanden wird, sondern auf Gemeinden, Staaten, Völker und Regionen ausgeweitet wird. Es werden auf vielfältige Weise kollektive Rechte angesprochen, die bereits durch die UN anerkannt sind. Diese sind das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Recht auf Entwicklung und auf die permanente Souveränität über natürliche Ressourcen. In diesem Sinne hat es sowohl eine interne Dimension, die sich im Recht der Menschen auf die Wahl ihres eigenen politischen, ökonomischen und sozialen Systems ausdrückt, als auch eine externe

Dimension, welche das Recht von Staaten auf die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft bezieht.

Tatsächlich ist die Frage zentral, ob der Staat der Motor für sozialen Wandel ist. Die Bewegung für Ernährungssouveränität verneint diese Ansicht radikal indem sie unterschiedliche Rechtssysteme auf unterschiedlichen politischen Ebenen anspricht, auf die relevante Rechte ausgeübt werden können. Ernährungssouveränität kennt ihre eigenen Geografien, die durch spezifische historische Ereignisse geprägt sind. Den Raum für Ernährungssouveränität zu verlangen, bedeutet somit spezifische Bedingungen einzufordern, um über diese Räume und Territorien zu herrschen. Durch den Wegfall des staatlichen Bezugs als einzig relevante Autorität, werden hierarchische Macht- und Kontrollverhältnisse, die innerhalb des weltweiten Ernährungssystems herrschen, reklamiert. Dennoch wird der Vorsatz, das Recht über die nationale Autonomie von Ernährungspolitik zurückzugewinnen, vor allem für Ökonomie problematisch, die wesentlich auf den Export landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sind. Auf lange Sicht soll allerdings die menschliche Sicherheit über das anachronistische Prinzip der nationalen Sicherheit gehoben werden. Über die Einbettung von Ernährungssicherheit in spezifische Territorien wird in Verbindung mit einer bioregionalen Verwaltung letztlich die Idee einer »agrarischen Bürgerschaft« geltend gemacht. Das lange vertretene Konzept der Ernährungssicherheit mit seiner Auffassung von Mobilität kontrastiert dabei stark mit der Betonung von Verwurzelung. Das bedeutet, +

dass die Mobilität von Waren, Arbeitskräften, Kapital und so weiter der lokalen Verwurzelung von Ökosystemen und der aktiven Einbringung lokaler Akteure entgegen gesetzt wird. Die Idee von Agrarökologie spielt hierbei eine wesentliche Rolle.

Gedacht ist Agrarökologie als alternatives Konzept zur industriellen Landwirtschaft und ist entsprechend nicht mit ihr vereinbar. Sie impliziert den Zugang zu ökologischen Lebensmitteln für alle Menschen, die Souveränität über Saatgut und die Kontrolle über Ressourcen. Es finden vielerorts Auseinandersetzungen um diesen Begriff statt. Beispielsweise drückt sich dies in der konfliktbelasteten Beziehung zwischen La Vía Campesina und der FAO aus.

Im Herbst letzten Jahres fanden sich beide Parteien zusammen, um künftig zu kooperieren und Ernährungssouveränität auch mit der FAO voran zu treiben. Dabei kritisiert die Bauernorganisation die Interpretationen der FAO: »This version is limited to seeing agroecology as nothing more than the source of a few new tools for the toolbox of industrial agriculture.« Die Unvereinbarkeit dieser Ansätze schließt Gedankenkonstrukte im Sinne einer »ökologischen Intensivierung« oder einer »climate smart agriculture« klar aus. Von Seiten vieler Wissenschaftler wird stattdessen auf einen breiten und transdisziplinären Ansatz gesetzt, der Klimaschutzziele und Anpassungsstrategien unter der Zielsetzung von Agroökologie und Ernährungssouveränität verfolgt. Diese sollen umgesetzt werden mit Konzepten der »empowered participatory governance« oder des »just sustainability paradigm«.

Problematisch an der Sicht der FAO ist die Maxime, weiterhin einen Produktivitätszuwachs zu erzielen, während die negativen Einflüsse industrieller Landwirtschaft durch ökologische Landwirtschaft ersetzt werden sollen. Der Effizienzgedanke und damit verbundene ständige Zuwachs trifft nicht zuletzt deshalb auf eine immer »wachstums-skeptischere« Gesellschaft. ●●●

Dona Barirani hat den Master in Politikwissenschaft an der Universität Wien abgeschlossen. Sie setzt sich für die Nyéléni-Bewegung in Deutschland ein.

Quellen und Links:

[Pressemitteilung der Farm to Fork Research vom 25. September 2014](#)

[Offener Brief von M. Jahi Chappell und weiteren aus Anlass des International Symposium on Agroecology der FAO vom 18. bis 19. September 2014](#)

[Meldung der Food and Agriculture Organization of the UN vom 4. Oktober 2013](#)

[Reader »Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität« der Universität für Bodenkultur Wien vom Juni 2011](#)

[Kommuniqué »Who will feed us? Questions for the Food and Climate Crises« der ETC Group vom 1. November 2009](#)

[Erklärung des Forums für Ernährungssouveränität »Nyéléni 2007« vom 27. Februar 2007](#)



Grundlage Hygiene: Im Binnenflüchtlingslager »Rwanda« in Nord-Darfur, Sudan, hilft eine Mutter ihrem Kind beim Händewaschen vor dem Essen. Zwei Projekte des World Food Programme (WFP) in dem Lager zielen darauf ab, Mangelernährung bei Kindern unter fünf Jahren sowie bei schwangeren und stillenden Frauen vorzubeugen.

Foto: UNAMID/Albert Gonzalez Farran



Kinder bringen Wasser von einer Verteilerstelle der Oxfam zu ihren Familien in einem Lager für Binnenflüchtlinge im Landkreis Awerial, im zentralen Südsudan.

Foto: Oxfam/Geoff Pugh

ZWISCHEN DEN STÜHLEN

VON SARAH-KAY SCHOTTE

Im sub-saharischen Afrika leiden 223 Millionen Menschen an Unterernährung – gut ein Viertel der dort lebenden Bevölkerung. Zwar sank die Rate in den letzten Jahren, Bevölkerungswachstum und Klimawandel bereiten der afrikanischen Landwirtschaft jedoch neue Probleme. Gentechnik bietet einen Lösungsansatz, ist jedoch im öffentlichen Diskurs umstritten, wie besonders das Beispiel Tansania zeigt.

Die Schulglocke läutet, es ist Mittag in einem Dorf der Maasai in Nordtansania und die Kinder strömen aus ihren Klassenräumen. Mit ihrer Blechschale in der Hand stellen sie sich unter einem Baum an, um ihr Mittagessen, eine Portion Mais- und Bohnenbrei zu bekommen. In den Wochen zuvor war das anders, da mussten diese Kinder hungern, da eine Dürre die dortige Ernte zerstört hatte.

So bildhaft begann im Oktober 2013 der Artikel von Sharon Schmickle und Finnigan Wa Simbeya, der in der tansanischen Tageszeitung *Daily News* erschien. Hungersnöten dieser Art könne, so die Autoren, durch gentechnisch-modifizierte (GM) Pflanzen vorgebeugt werden; beispielsweise mit einer Maissorte, die auch in trockeneren Jahren einen hohen Ertrag bringt. Jedoch sei der Anbau von GM-Pflanzen in Tansania bisher nicht erlaubt. Pros-

per Makene berichtete in der tansanischen Tageszeitung *The Guardian* von lokalen Bäuerinnen und Bauern, die die Regierung darum baten GM-Baumwolle zuzulassen, da diese höhere Erträge bringt, eine bessere Qualität aufweist und resistenter gegenüber Trockenheit ist.

Resistenter, produktiver, bessere Qualität – die Zeitungsartikel zeigen symbolhaft die stärksten Argumente, in die die Befürworter der Gentechnik weltweit ihre Hoffnung setzen. Vor allem jetzt, in Zeiten, in denen die Folgen des Klimawandels durch zunehmende Dürren und Überflutungen immer spürbarer werden, wird Gentechnik in den Zeitungsartikeln als eine vermeintlich entscheidende Möglichkeit zur Anpassung an den Klimawandel dargestellt. Die Technologien und Innovationen die hinter GM-Pflanzen stecken, erlaubt es zudem, dass

Abwehrmechanismen gegen Schädlinge in die jeweiligen Nutzpflanzen eingebracht werden können, wodurch weniger Insekten- und Pflanzenschutzmittel auf den Feldern notwendig seien. Dadurch, so die Argumente der Gentechnikanhänger, könnten GM-Pflanzen zu einer umweltschonenderen Landwirtschaft beitragen.

Oft befürchtete negative gesundheitliche Folgen wurden in den vergangenen 20 Jahren, in denen GM-Pflanzen nun schon weltweit auf über 175,2 Millionen Hektar (Stand 2013) angebaut werden, ebenfalls nicht nachgewiesen. Besonders verbreitet ist der kommerzielle Anbau vor allem in den USA, Indien und China sowie in 24 weiteren Ländern, darunter Ägypten, Burkina Faso, Südafrika und Sudan als die einzigen Länder in Afrika. In der Europäischen Union hingegen ist der Anbau +

von GM-Pflanzen bis auf einen sehr geringen Anteil einer GM-Maissorte untersagt.

Neben den oben beschriebenen Zeitungsartikeln, die sich für Gentechnik aussprechen, finden sich im öffentlichen Diskurs in Tansania auch zahlreiche Gegenstimmen. So veröffentlichten tansanische Zeitungen auch Artikel, die von lokalen Kleinbauern berichteten, die sich für ein Anbauverbot von GM-Pflanzen einsetzen. Die Zeitungen argumentierten mit Verschuldungsproblemen, Missernten sowie mit Erfahrungen aus Indien bezüglich des dortigen Anstiegs der Selbstmordrate von Landwirten, nachdem diese GM-Pflanzen anbauten. Auch die noch nicht absehbaren Folgen für Mensch und Natur fanden Erwähnung. All diese Aspekte werden mit Gentechnik assoziiert, doch fehlt es teilweise an der nötigen Hinterfragung. Die oft zitierten Selbstmorde indischer Bauern, die es aufgrund der Verzweiflung über die Verschuldung durch den Anbau von GM-Pflanzen zunehmend gegeben haben soll, konnte beispielsweise noch nicht verifiziert werden.

Einer der Hauptkritikpunkte an Gentechnik steht jedoch in Zusammenhang mit dem Saatgutmarkt, der nur von einer Handvoll global agierender multinationaler Großkonzerne bestimmt ist. Dem Globalplayer Monsanto gehören allein 90 Prozent der Patente auf kommerziell angebaute GM-Pflanzen. Natürlich wollen und müssen Firmen ihre Investitionen mit Patenten vor Konkurrenz schützen, schließlich bedarf es jahrelanger und teurer Forschung und Prüfung, bis eine neue GM-Pflanze gewinnbringend angebaut werden kann. Für die Bauern hat dies jedoch zur Folge, dass sie gezwungen werden, ihr Saatgut von diesen Unternehmen immer wieder neu zu kaufen. Denn es ist ihnen verboten, Saatgut aus der Ernte der gekauften GM-Pflanzen zu gewinnen oder es mit anderen Bauern zu tauschen, obwohl dies eine sehr verbreitete Pra-

xis in Afrika ist. Das führt zu Abhängigkeiten der Bauern gegenüber den Konzernen. Diese Abhängigkeit endet auch nach Ablauf der Patentfrist nicht, denn bis dahin sind viele der Pflanzen aufgrund entwickelter Resistenzen unbrauchbar. Beispielsweise passen sich Schädlinge an die in die GM-Pflanzen eingebrachten Abwehrmechanismen an. Ertragseinbußen oder sogar Missernten können die Folge davon sein. Investitionen in den Anbau von GM-Pflanzen sind somit wenig nachhaltig und aus diesem Grund keine Lösung im Kampf gegen den Hunger. Das gilt besonders für die afrikanischen Kleinbauern, die zwar für den Großteil der landwirtschaftlichen Produktion in Afrika verantwortlich sind, aber über wenige bis gar keine finanziellen Mittel verfügen, um GM-Pflanzensaatgut zu kaufen. Die Subsistenzwirtschaft, das heißt, die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, vieler Kleinbauern und ihrer Familien ist außerdem immer noch weit verbreitet. Dadurch verfügen auch sie nur über geringe finanzielle Investitionsmittel, wodurch der

vielen Kleinbauern in Afrika an dem dafür nötigen Marktzugang sowie Lagermöglichkeiten, um Ernteüberschuss gewinnbringend verkaufen zu können.

Neben der Betrachtung lokaler Problematiken mit dem GM-Pflanzenanbau, beschäftigt sich der Diskurs in Tansania auch mit der komplexen Situation auf globaler Ebene und den Akteuren, die Entscheidungen in Ländern wie Tansania beeinflussen. Der eingangs erwähnte Artikel von Schmickle und Simbeya, aber auch Bailey identifizierten zum Beispiel die USA und die EU als zwei Hauptakteure. So führt die Zurückhaltung der EU gegenüber Gentechnik bei afrikanischen Entscheidungsträgern und Bauern gleichermaßen zu Skepsis. Zusätzlich haben zahlreiche Kampagnen gegen einen Anbau in Afrika ihren Ursprung bei europäischen Nichtregierungsorganisationen beziehungsweise sind mit diesen vernetzt. Europäische Finanzgeber setzen sich in Afrika außerdem für die Einhaltung hoher Biotechnologiestandards im Sinne des von der EU verfolgten »Vorsorgeprinzips« ein. Dieses basiert auf prä-

GROSSKONZERNE BEHERRSCHEN DEN AFRIKANISCHEN SAATGUTMARKT UND ZWINGEN DIE KLEINBAUERN IN ABHÄNGIGKEITEN.

Mechanisierungsgrad und die Anwendung von Dünger, Insekten- und Pflanzenschutzmitteln allgemein sehr niedrig sind. Als Folge dessen sind Ernteerträge pro Hektar geringer, die Abhängigkeit von Wetterverhältnissen und die Anfälligkeit für Schädlingsbefall hingegen hoch. Um sich von dieser Subsistenzwirtschaft zu lösen und dadurch zu einer nachhaltigeren Entwicklung beizutragen, fehlt es

ventiven Entscheidungen zum Schutz von Mensch und Umwelt, indem möglichen Risiken, die aufgrund fehlenden Wissens existieren, vorgebeugt wird. Im Fall von Gentechnik bedeutet dies, dass die Möglichkeit für langfristig negative Folgen durch GM-Pflanzen bestehen könnte und Bauern GM-Pflanzen deshalb vorsorglich erst einmal nicht anbauen. Im Gegensatz dazu wird in den USA Risiko +

und Nutzen abgewogen und erst nachweisbare Schäden führen zu Anbauverböten. Dann jedoch können Schäden aufgrund ungewollter Verbreitung durch Winde bereits irreparabel sein.

Schmickle und Simbeya gehen auch auf die nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsbeziehungen ein,

ein. Gentechnik ist dabei ein zweischneidiges Schwert. Die Gentechnologie verfügt nach aktuellem Stand über das grundlegende Potential einen Ansatz zu liefern, um in der Zukunft zu einer Landwirtschaft beizutragen, die resistenter und effizienter ist. Eine Diskussion, ob man auf dem Gebiet

rung zu sichern. Bis dahin bleibt Afrika ein Kampffeld um den Anbau von GM-Pflanzen. Tansania kann als Beispiel dafür gesehen werden. •••

Sarah-Kay Schotte *hat Geographie im Master an der Universität Bern studiert.*

EINE DISKUSSION, OB MAN IN DER GENTECHNOLOGIE MEHR INVESTIEREN UND FORSCHEN TESTEN SOLLTE, MUSS UNABHÄNGIG VON DEN SAATGUTKONZERNEN STATTFINDEN.

die ebenfalls Einfluss auf die Entscheidungsträger haben. So ist die EU der Haupthandelspartner vieler afrikanischer Länder für Exporte und eine dortige Zulassung von Gentechnik könnte Absatzmöglichkeiten gefährden. Dieses Verhalten der EU wird von »einigen Experten« scharf kritisiert, sie werfen der EU vor, durch den Druck, den sie auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Afrika ausüben, ihren Idealismus über die Ernährungssicherheit Afrikas stellen. Wer diese Experten genau sind, schreiben die Autoren nicht. Sie verdeutlichen jedoch, dass auch die USA versucht Einfluss geltend zu machen: Die US-Regierung und Organisationen wie die »Bill & Melinda Gates Foundation« unterstützen Gentechnikprojekte und Forschung in Afrika, in denen zum Teil auch Monsanto involviert ist.

Dieser öffentliche Diskurs in den Tageszeitungen von Tansania zeigt symbolhaft, dass die afrikanischen Länder sich aktuell an einem Scheideweg befinden: Dafür oder dagegen? Wie sich die Länder auch entscheiden, Fakt ist, dass in die Landwirtschaft Afrikas investiert werden muss, denn diese nimmt in ganz Afrika eine entscheidende Rolle für die Armutsreduzierung und Ernährungssicherung

mehr investieren, forschen und testen sollte, muss aber unabhängiger von der aktuell dominierenden globalen Struktur der wenigen Saatgutkonzerne geführt werden. Außerdem sollten kleinräumige Lösungsansätze in den Fokus rücken, die auf die lokalen Bedingungen und Bedürfnisse eingehen. Solange noch kein nachhaltiger, für alle Beteiligten sozialverträglicher und sicherer Anbau von GM-Pflanzen möglich ist, sollten Alternativen in Betracht gezogen werden, die sich bewährt haben. Beispielsweise der biologische Anbau oder die pflugfreie, konservierende Bodenbearbeitung, die seit den 1990er Jahren weltweit Erfolge feiert und durch den effizienten und schonenden Einsatz von Ressourcen zu höheren Ernteerträgen und mehr Vielfalt beiträgt. Beide Alternativen haben ebenfalls ihren Weg in den öffentlichen Diskurs gefunden, wie zahlreiche Artikel in tansanischen Zeitungen belegen. So bleibt abzuwarten, für welchen Weg sich die Regierungen Afrikas und nicht zuletzt die Bauern zukünftig entscheiden werden und ob die Gentechnik überhaupt jemals ein fester Bestandteil der afrikanischen Landwirtschaft wird oder werden muss, um die zukünftige Ernährung der Bevölke-

Quellen und Links:

[Bericht der Washington Post vom 7. Oktober 2013](#)

[Bericht des Guardian vom 24. Juni 2013](#)

[Bericht des Guardian Tanzania \(über ippmedia.com\) vom 16. Oktober 2013](#)

[Forschungspapier von Rob Bailey, Robin Willoughby und David Grzywacz: »On Trial Agricultural Biotechnology in Africa« des Chatham House vom Juli 2014](#)

[Kurzdokumentationen »Genpflanzen: Eine Bestandsaufnahme« \(1/2\) und »Gentechnisch veränderte Organismen: Genpflanzen in der EU« \(2/2\) des Magazins »Mit offenen Karten« bei Arte, 2014](#)

[Bericht »The State of Food Insecurity in the World. The multiple dimensions of food security« der FAO, des WFP und des International Fund for Agricultural Development, 2013](#)

[Website der FAO zum Thema Conservation Agriculture](#)



Sammlerinnen: Adoaga Ousmane, 45, ist gemeinsam mit einer ihrer Töchter in der Region Guera des Tschad fünf Stunden unterwegs gewesen, um in Ameisenhügeln nach Getreide- und Saatkörner zu suchen. Das Land war, wie der ganze Sahel, 2012 von einer schweren Dürre betroffen.

Foto: Oxfam/Abbie Trayler-Smith



Die »Tiere der Erde«: Die Androhung der Apokalypse ist für manche Weltregionen Alltag. Hier verdurstete Rinder am Wegesrand während der Dürre im Sahel 2012

Foto: Oxfam/Simon Rawles

DAS RECHT AUF NAHRUNG



Bodenschatz Boden: Neben Horrormeldungen über Dürrekatastrophen aus dem Sahel besitzt Afrika südlich der Sahara großen Reichtum – der immer mehr Investoren anzieht. Zugleich ist kleinbäuerliche Landwirtschaft, wie hier in Kenia, noch weit verbreitet.

Foto: Sarah-Kay Schotte



BODENRAUSCH

VON ANGELA HEUCHER

Immer öfter werden große Landflächen – ob in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Osteuropa – an Investoren verkauft oder verpachtet. Zu befürchten ist, dass diese Investitionen als »land grabs« gravierende Folgen für die Menschen vor Ort mit sich bringen und etwa ihren Zugang zu Nahrung oder Wasser verschlechtern. Bisher gibt es zu wenig Informationen und Daten, doch Negativ-Beispiele von Nichtregierungsorganisationen mahnen zu Vorsicht und rechtzeitigem Handeln.

Zentral-Uganda, Ende August 2001: Vier Dörfer werden geräumt, nachdem die Dorfbewohner einer Frist der Behörden, ihre Hütten zu verlassen, nicht nachgekommen waren. Nun setzen die Behörden die Armee ein, die äußerst brutal vorgeht: die Soldaten kommen mit Bulldozern, prügeln und zerstören. Durch diese Vertreibung verlieren die Menschen nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihren Zugang zu Nahrung und Wasser: Während zuvor 29 Prozent der Dorfbewohner keinen Zugang zu Wasser hatten, sind es nach der Vertreibung 69 Prozent. Nach nicht einmal einer Woche eröffnet dafür ein multinationales Unternehmen, die Neumann Kaffee Gruppe, eine neue Plantage zum Anbau von Kaffee. Neben deren Geschäftsführer nimmt auch der ugandische Präsident an der feierlichen Eröffnung teil. So beginnt die Geschichte, die die Nichtregierungs-

organisation FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN) in einer Analyse aufbereitet hat.

Die Akteure, Schauplätze und Abläufe mögen variieren; das grundsätzliche Muster scheint sich jedoch zu wiederholen: die Interessen der lokalen Bevölkerung werden zugunsten großer Konzerne eklatant missachtet. Aufgrund von Profitgier werden Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt, so das Narrativ. In dem oft verwendeten Wort »land grabbing« schwingen mögliche negative Folgen des Phänomens, wie einem schlechteren Zugang zu Nahrung und Wasser, schon mit. Andere Begriffe wie »Investitionen in Land« sind da neutraler und lassen Raum für mögliche positive Effekte, wie sie Befürworter solcher Projekte ins Feld führen. Es braucht ein solches Mindestmaß an positiven Effekten für die ländliche Bevölkerung, damit Investitio-

nen im landwirtschaftlichen Sektor gelingen können – so lautet jedenfalls ein zentrales Ergebnis einer Studie unter anderem vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, die im ländlichen Ghana durchgeführt wurde. Dazu gehören etwa das Schaffen von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, eine effizientere Bewirtschaftung von Feldern sowie höhere Ernährungssicherheit für die lokale Bevölkerung. Partners for Euro-African Green Energy (PANGEA), ein Verband von in Afrika tätigen Bioenergie-Unternehmen, der sich für Nachhaltigkeit in diesem Sektor einsetzt, verweist zum Beispiel auf zwei Projekte zum Anbau von Agrar-Kraftstoffen (ein Bereich, in dem viele Investoren tätig sind): CleanStar Mozambique, zum einen, die Instrumente wie die Vertragslandwirtschaft nutzen und Nahrungsmittel und Energie für den lokalen Markt pro- +

duzieren ebenso wie AddaxBioenergy, zum anderen, die in Sierra Leone Agrar-Kraftstoffe für den Export produzieren und dabei lokale Landeigentumsrechte schützen. Diese Projekte seien vorbildlich, weil sie Vorteile für die lokale Bevölkerung mit sich bringen, so das Argument.

»Land grabbing« ist kein neues Phänomen, es gibt weitreichende historische Wurzeln. So war bei-

sind in Afrika etwa Süd-Sudan, der Kongo oder Mozambik. Unternehmen zieht es aber auch nach Asien, zum Beispiel nach Indonesien, nach Ländern in Südamerika, wie zum Beispiel Brasilien und nach Osteuropa, wie etwa in die Ukraine.

Sind es nun – überspitzt formuliert – die chinesischen Staatsunternehmen und die arabischen Investmentfonds, die Land in Afrika aufkaufen um

anzubauen und aus diesen zu exportieren, wenn Menschen dort Hunger leiden.

Doch stammen investierende Unternehmen nicht nur aus China und arabischen Ländern. Unter den Top 10 (Stand: 16. Dezember 2014) der Herkunftsländer sind auch und vor allem die USA, die - gemessen an der Größe der gekauften/gepachteten Flächen, den ersten Platz belegen - und Großbritannien auf Platz fünf. Viele investierende Unternehmen stammen auch aus dem Zielland selbst oder gehen Joint Ventures mit ausländischen Konzernen ein. Für eine Mehrzahl der Investoren sind andere Beweggründe, jenseits der eigenen Ernährungssicherheit, ausschlaggebend. Land gilt inzwischen als Investitionsmöglichkeit; und gerade in Afrika wird Land oft sehr günstig verkauft. Diese Flächen sind +

DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT IHRER BEVÖLKERUNG ZU SICHERN, IST AUCH FÜR MANCHE AKTEURE EINE MOTIVATION, IN LAND ZU INVESTIEREN.

spielsweise der »Wettlauf um Afrika« im 19. Jahrhundert von teils ähnlichen Prozessen gekennzeichnet. Gesetze wie zum Beispiel das Eigentumsrecht wurden in den jeweiligen Kolonien so verfasst, dass nur die jeweiligen europäischen Staatsoberhäupter rechtmäßige Genehmigungen um Land zu nutzen und zu bewirtschaften vergeben konnten. Bestehende Formen der Landnutzung und des Landbesitzes durch die lokale Bevölkerung wurden dabei häufig ignoriert. Seit einiger Zeit lässt sich ein neuer »Landrausch« beobachten. Die Land Matrix – eine Datenbank, die Informationen zu solchen Landkäufen und –pachten sammelt – zählt aktuell 1.028 solcher Abkommen (Stand: 16. Dezember 2014), die abgeschlossen wurden. Diese umfassen laut Land Matrix eine Fläche von 39.045.198 Hektar. Dies entspricht, um eine beliebte Vergleichsgröße heranzuziehen, der immer noch unglaublichen Zahl von 54.685.151 Fußballfeldern – in Worten: über 50 Millionen Fußballfeldern. Afrika ist dabei die wichtigste Zielregion; Zielländer solcher Investitionen

ihre eigenen Bevölkerungen zu ernähren, wie es gelegentlich in den Medien kritisiert wird? Als die Nahrungspreise 2007/08 anzogen, und manche Länder, wie etwa Indien, den Export von Grundnahrungsmitteln untersagten, schreckten zumindest einige arabische Länder auf. Ihnen wurden ihre hohe Abhängigkeit von Nahrungsmittel-Importen und die Schwächen der eigenen Landwirtschaft bewusst. Seither verfolgt beispielsweise Saudi Arabien eine Strategie, die das langfristige Pachten oder Kaufen von Landflächen – etwa in Ostafrika – vorsieht, um mit den dort angebauten Lebensmitteln die eigene Bevölkerung ernähren zu können. Eine Veränderung der Ernährungssicherheit kann – ob positiv oder negativ – daher nicht nur eine Folge von Investitionen in Land sein. Die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung zu sichern ist vielmehr auch für manche Akteure eine Motivation, in Land zu investieren. Diese Strategie ist aus verschiedenen Gründen umstritten. So ist es grundsätzlich hochproblematisch, Nahrungsmitteln in Ländern

Top 10 der »Land Grabber«

Herkunftsländer von Investoren und Investitionen	Gesamtfläche außerhalb nationalen Territoriums (in Hektar)
1. USA	7.093.554
2. Malaysia	3.586.930
3. Singapur	2.938.398
4. Vereinigte Arab. Emirate	2.837.385
5. Großbritannien	2.332.461
6. Indien	2.080.579
7. Kanada	2.072.539
8. Niederlande	1.695.330
9. Russland	1.583.896
10. Saudi-Arabien	1.578.218

Die Zahlen beziehen sich auf abgeschlossene Abkommen, mit Stand vom 16. Dezember 2014. Quelle: [Land Matrix](#)

LAND GRABBING I

häufig besonders wertvoll: die Böden haben eine gute Qualität und liefern hohe Erträge, es ist eine solide Infrastruktur vorhanden und mit dem Land geht der Zugang zu Wasser einher. Der letztgenannte Punkt – Wassernutzungsrechte – ist ein wesentlicher. Hinter »land grabbing« verbirgt sich nämlich oft ein weiteres Motiv: »water grabbing«. Landwirtschaftliche Produktion ist wasserintensiv, und großflächige landwirtschaftliche Projekte können den Druck auf Wasserressourcen noch weiter erhöhen.

kanischen Ländern sind Fragen des Landbesitzes ungeklärt, da oft ein gemeinschaftliches – jedoch kein individuelles – Nutzungsrecht gilt. Land gehört der lokalen Gemeinschaft. Es wird meist vielfältig genutzt und dient nicht nur zum Anbau von Nahrungsmitteln, sondern z.B. auch zum Weiden von Tieren oder als Quelle für Feuerholz. Diese Nutzungsweisen sind oft weniger offensichtlich und werden zum Teil übersehen oder ignoriert. Dabei mischen die Regierungen mancher Zielländer kräftig mit und werben

Es sind somit nicht nur investierende Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Auch die Regierungen in den Zielländern – ebenso wie in den Herkunftsländern – sind verpflichtet, Investitionen in Land nachhaltig und zum Nutzen der Bevölkerung im Land zu gestalten und »land grabs« zu vermeiden. Dies ist vor allem deswegen wichtig, weil viele Verträge sehr lange Zeithorizonte haben und große Landflächen umfassen. Es werden derzeit Fakten geschaffen, die noch lange Auswirkungen haben +

LAND GILT INZWISCHEN ALS INVESTITIONS-MÖGLICHKEIT – UND GERADE IN AFRIKA WIRD LAND OFT SEHR GÜNSTIG VERKAUFT.

Neben einer zunehmenden Konkurrenz um begrenzte Wasserressourcen können »land grabs« noch weitere negative Konsequenzen haben, vor allem für die lokale Bevölkerung. Intensive landwirtschaftliche Produktion, so die Befürchtung, hat schwerwiegende Folgen für die Umwelt, etwa indem Böden nicht nachhaltig bewirtschaftet und somit ausgelaugt werden. Auch die sozialen Folgen können erheblich sein: Wie im anfangs erwähnten Beispiel von FIAN gehen Investitionen in die Landwirtschaft oft mit der Vertreibung von dort lebenden Menschen einher, deren Lage sich dadurch verschlechtert. Indem sie von ihrem Land vertrieben und – was oft der Fall ist – nicht ausreichend entschädigt werden, sind sie nicht mehr in der Lage, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Wenn Bauern von ihrem Land vertrieben werden, wird in dieser Formulierung das Problem schon deutlich: die Frage der Besitzverhältnisse. In vielen afri-

gezielt um Investitionen in »ungenutztes« Land. So hat beispielsweise Sierra Leone eine eigene Agentur gegründet: die Sierra Leone Investment and Export Promotion Agency (SLIEPA). SLIEPA wirbt explizit um Investitionen in Ackerland und lockt unter anderem mit Steuererleichterungen für interessierte Unternehmen. Zwei Probleme werden somit deutlich: Zum einen sind die Besitzverhältnisse von Land in vielen Staaten ungeklärt bzw. bestehende Gewohnheitsnutzungsrechte werden missachtet. Kleinbauern und Dorfbewohnern fehlt es häufig an Möglichkeiten, sich institutionell auf ihr Recht zu berufen. Zum anderen sind häufig aber auch die Regierungen der Zielländer ebenso wie lokale Eliten ein Problem: Um Investitionen anzulocken werden die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung vor Ort ignoriert. Dies kann absichtlich geschehen, aber auch an fehlenden Kapazitäten und Ressourcen der oft schwachen Zielländer liegen.

Land Matrix

Daten und Fakten zu Investitionen in Land sind schwer zu erhalten und die Intransparenz ist oft groß. Datenbanken wie die »Land Matrix. Get the Idea. Web of Transnational Deals«, die von einer Koalition unterschiedlicher Akteure – unter anderen der International Land Coalition (ILC), dem German Institute of Global and Area Studies (GIGA) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) – getragen wird, dienen dazu, möglichst viele und möglichst zuverlässige Informationen zu sammeln. Dabei wird eine Vielzahl verschiedener Quellen genutzt, wie zum Beispiel Studien und Analysen von lokalen oder internationalen Nichtregierungsorganisationen, offizielle Statistiken ebenso wie Unternehmens- und Medienberichte. So kann ein genaueres Bild gezeichnet werden.

Allerdings bleiben viele Unklarheiten: Informationen sind oft nicht vollständig oder widersprüchlich; und viele Medienberichte handeln von geplanten Investitionen. Tatsächliche Vertragsabschlüsse umfassen beispielsweise häufig deutlich weniger Landflächen, als vorher zu vernehmen war. Trotz vieler Unwägbarkeiten und Probleme, mit denen die Land Matrix zu kämpfen hat, ist diese dennoch eine sehr wichtige Informationsquelle – und eine der wenigen, die es gibt.

können. Es ist noch nicht klar, wie sich Investitionen in Land auf die Ernährungssicherheit oder auf den Zugang zu Wasser auswirken: die Datenlage ist bisher nicht ausreichend, um generelle Aussagen treffen zu können. Es gibt sowohl Fallbeispiele, die aufzeigen, dass die Folgen von »land grabs« für die lokale Bevölkerung negativ waren: So zeigt FIAN auf, wie durch Vertreibungen das Recht auf Nahrung verletzt wird. Wenn Bauern ihre Lebensmittel nicht mehr auf eigenen Feldern selbstständig produzieren können, und ihnen regelmäßige Einnahmequellen – etwa durch einen sicheren Arbeitsplatz – fehlen, kann sich ihr Zugang zu Nahrung und Wasser erheblich verschlechtern. Gleichzeitig gibt es jedoch auch andere Beispiele, die positive Folgen von Investitionen in Land aufzeigen: So argumentiert Pangea, dass dies der Fall sei, wenn Unternehmen Felder effizient bewirtschaften, höhere Erträge generieren und dann Lebensmittel für den lokalen Verkauf anbieten.

Die Negativ-Beispiele mahnen jedoch zur Vorsicht und werfen die Frage auf, wer die Verantwortung trägt und handeln soll. Sind es die Unternehmen, die investieren? Die Staaten in denen sie ihren Hauptsitz haben? Oder die Staaten, in denen investiert wird? Auf der internationalen Ebene gibt es zumindest verschiedene Prozesse, die dazu dienen sollen Leitlinien zu entwickeln, an denen sich Unternehmen, aber auch andere beteiligte Akteure, orientieren können. Dazu gehören etwa die FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food von 2012, die Ernährungssicherheit zum Ziel haben. Sie richten sich auch an die Zielländer von Investitionen und adressieren u.a. die Frage nach den Besitzverhältnissen von Land. Auf diesen Richtlinien aufbauend haben die FAO, UNCTAD, IFAD und die Weltbank die Prin-

ciples for Responsible Agricultural Investment (PRAI) entwickelt. Das zweite PRAI-Prinzip beispielsweise sieht vor, dass Investitionen die Ernährungssicherheits-Lage nicht gefährden, sondern

REGULIERUNGEN SIND UMSTRITTEN. UND HABEN FÜR INVESTOREN KEINEN VERPFLICHTENDEN CHARAKTER.

vielmehr zu deren Verbesserung beitragen sollen. Nicht zuletzt hat die OECD Leitsätze für Multinationale Unternehmen entwickelt. Diese allgemeineren Leitsätze – die sich unter anderem auf die Menschenrechte beziehen – stellen Empfehlungen an Unternehmen dar, wie sie verantwortlich handeln können. Richtlinien sind bislang das, was es zur Regulierung von Investitionen im landwirtschaftlichen Sektor gibt. Sie sind umstritten: Da sie freiwillig sind, haben sie für Unternehmen keinen verpflichtenden Charakter. Ob sie ausreichend sind, ist daher ungewiss. Im Falle der Kaffee-Plantage in Uganda zumindest war eine Beschwerde gegen die Neumann Kaffee Gruppe bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle wegen Verletzung der OECD-Richtlinien nicht erfolgreich: Die Kontaktstelle hat das Verfahren 2011 eingestellt, was von FIAN als »kontraproduktiv« kritisiert wurde. Die Neumann Kaffee Gruppe hingegen hat diesen Schritt begrüßt; das Unternehmen sieht sich einer »Kampagne« FIANS ausgesetzt, dessen Ziel es sei, dass „ein Exempel gegenüber einem sogenannten multinationalen Unternehmen statuiert werden [soll]“. Ein Gerichtsverfahren in Uganda, das 2002 begann als die Vertriebenen die ugandische Regierung und die Kaweri Kaffee Plantage (ein Tochterunternehmen der Neumann Kaffee Gruppe) verklagten, läuft noch.

Die beiden Seiten sind sich nur in einem Punkt einig: Dem Vorwurf, dass der jeweils andere das Verfahren verschleppe. Die Vertriebenen, so FIAN, wurden derweil bis heute nicht entschädigt. ●●●

Angela Heucher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des DFG-Sonderforschungsbereichs 700 der FU Berlin und Doktorandin an der Universität Potsdam.

Quellen und Links:

[Analyse »Coffee to Go« des FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerks \(FIAN\) vom Dezember 2013](#)

[Analyse »Food or Fuel« des German Institute of Global and Area Studies \(GIGA\) aus dem Jahr 2014](#)

[Studie »Kein schöner Land« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom September 2012](#)

[»The Principles for Responsible Agricultural Investment \(PRAI\)« der FAO, UNCTAD, IFAD und Weltbank aus dem Jahr 2010](#)

[»Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security« der FAO aus dem Jahr 2012](#)

[»OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen« aus dem Jahr 2011](#)

[Stellungnahme »Das Projekt: Kaweri und die Pacht von »clean title«-Land in Uganda« der Neumann Kaffee Gruppe aus dem Jahr 2013](#)

DAS RECHT AUF NAHRUNG



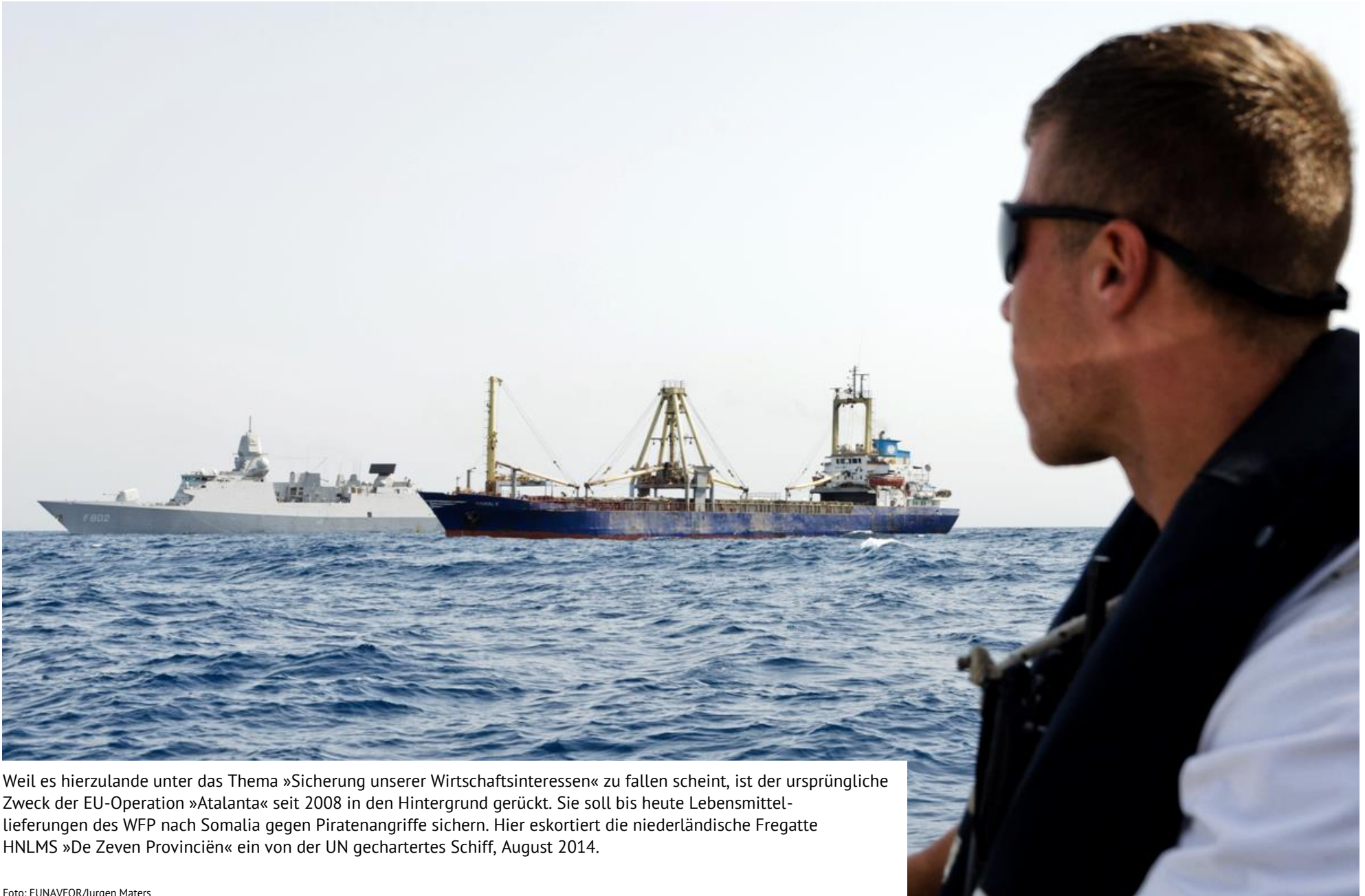
Sitzungen über Sitzungen scheinen die Haupttätigkeit internationaler Organisationen zu sein, um den weltweiten Kampf gegen den Hunger zu koordinieren. Hier begeht die Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) den »World Food Day« am 16. Oktober 2014 in ihrem Hauptquartier in Rom. Benefiz-Stargast: Königin Máxima der Niederlande, die »Special Advocate for Inclusive Finance for Development« des UN-Generalsekretärs ist.

Foto: FAO/Giulio Napolitano



Nahrungsmittel-Sicherheit, mit Bindestrich: Lebensmittel sind in Kriegszonen oft auch Machtmittel, dementsprechend wertvoll und umkämpft. Das sorgt dafür, dass selbst humanitäre Organisation wie das World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen aufrüsten müssen. Hier ein gepanzertes Fahrzeug des WFP während des Einsatzes im Irak, Juli 2003

Foto: US Air Force/Robert Hargreaves jr.



Weil es hierzulande unter das Thema »Sicherung unserer Wirtschaftsinteressen« zu fallen scheint, ist der ursprüngliche Zweck der EU-Operation »Atalanta« seit 2008 in den Hintergrund gerückt. Sie soll bis heute Lebensmittel-lieferungen des WFP nach Somalia gegen Piratenangriffe sichern. Hier eskortiert die niederländische Fregatte HNLMS »De Zeven Provinciën« ein von der UN gechartertes Schiff, August 2014.

Foto: EUNAVFOR/Jurgen Maters

PROBLEM ODER LÖSUNG?

VON MAGDALENA RODEKIRCHEN

Immer größere Flächen Ackerland des »Globalen Südens« werden seit einigen Jahren von ausländischen Investoren erworben oder gepachtet. In einigen Fällen – wie etwa in Sierra Leone durch das Projekt der Schweizer Firma Addax Bioenergy – sollen damit auch entwicklungspolitische Ziele erreicht werden, um das immer noch vom Bürgerkrieg gezeichnete Land nachhaltig zu stabilisieren. Zumindest in der Theorie ist es ein Vorzeigeprojekt.

Das westafrikanische Sierra Leone, ehemaliges britisches Protektorat und seit 1961 unabhängiger und vollsouveräner Staat, erholt sich derzeit immer noch von den Folgen des katastrophalen Bürgerkrieges von 1991 bis 2001, in welchem sich die Rebellenarmee der »Revolutionary United Front« unter Charles Taylor mit Regierungstruppen bekämpften. Der mit den – aufgrund des gleichnamigen Hollywood-Filmes inzwischen weithin bekannten – »Blood Diamonds« finanzierte Krieg wurde allerdings nicht allein wegen der Kontrolle über die wertvollen Rohstoffe geführt. Vielmehr trugen auch die ungleiche Verteilung von Macht und natürlicher Ressourcen, die hohe Arbeitslosigkeit und der Widerstand gegen korrupte Eliten einen erheblichen Teil zum komplexen Ursachengeflecht des Konflikts bei. Die Förderung der Diamanten bringt Sier-

ra Leone auch weiterhin einen Großteil seiner Devisen ein und inzwischen verzeichnet das rohstofffreie Land auch ein positives Wirtschaftswachstum. Dennoch bestehen weiterhin enorme Einkommensungleichgewichte, soziale Traumata sind nach wie vor nicht überwunden und sowohl die physische als auch die soziale Infrastruktur muss erst allmählich wieder vollständig aufgebaut werden.

Und auch wenn der Wiederaufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen nach einem der brutalsten post-kolonialen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent gemeinhin als positives Beispiel internationaler Unterstützung gilt, sind sowohl die Schäden als auch die Ursachen des Krieges noch lange nicht vollständig behoben. Die kollabierte Infrastruktur, politische Stagnation und die Beschneidung staatlich unterstützter, landwirt-

schaftlicher Entwicklungsprogramme zur (gescheiterten) Förderung einer marktorientierten, vom Privatsektor dominierten Wirtschaft sowie die anhaltende chronische Unterfinanzierung des Agrarsektors standen und stehen der Entwicklung des ländlichen Raumes, der Armutsreduktion und Schaffung von Nahrungssicherheit im Weg.

Eine Mehrheit der Bevölkerung profitiert nicht vom Reichtum des Landes, sondern ist im informellen Sektor tätig oder sichert sich ihre Existenzgrundlage durch Subsistenzlandwirtschaft. Meist handelt es sich dabei um Kleinbauern und -bäuerinnen, die von Hand auf ihren Feldern Lebensmittel und Kulturpflanzen anbauen, ergänzt durch Fischerei oder Jagd, Baumkulturen, kleinstrukturierte Viehhaltung und gesammelte Wildpflanzen. Vor diesem Hintergrund verdienen die steigenden aus- +

ländischen Direktinvestitionen (FDI) in die Agrarflächen Sierra Leones sowohl aus entwicklungs- als auch sicherheitspolitischen Gründen Aufmerksamkeit: Kann hierdurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorangebracht und eine gerechtere Einkommensverteilung erzielt werden?

»Private investment can lead to responsible and sustainable development«, so der CEO der Schweizer Firma *Addax Bioenergy*, Simon Cleasby. Inzwischen stehen jedoch nicht mehr nur urbane Zentren im Fokus privater Investitionen, vielmehr löst der im Entwicklungskontext lange Zeit vernachlässigte Agrarsektor die Stadt als Zukunftsträger der wirtschaftlichen Entwicklung langsam ab. Denn die landwirtschaftliche Produktion wurde in vielen Ländern Subsahara Afrikas lange vernachlässigt und gilt vielerorts als chronisch unterfinanziert. Erst die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 rückte die Risiken, welche mit einer Abhängigkeit vom Weltmarktpreis und Nahrungsmittelimporten einhergehen, wieder in den Vordergrund. Um die Nahrungssicherheit ihrer Bevölkerung zu gewährleisten, investierten insbesondere wirtschaftlich starke, aber ressourcenarme Länder wie Saudi-Arabien in landwirtschaftliche Flächen von oftmals ressourcenreichen, jedoch wirtschaftlich schwachen Ländern des »Global South«, des »Globalen Südens«. In einem medialen Hype überschlugen sich die Nachrichten über großflächige Landkäufe und -pachten, Berichte über »Land Grabbing« warnten vor einer neuen Welle neokolonialer Landnahmen.

Dabei handelt es sich nicht um ein neues Phänomen. Neu ist eher das enorme Ausmaß, in welchem dieser Handel von Land – und zugehörigen Wasserrechten – stattfindet. Derlei Landkäufe und -pachten sind in der Regel langfristig für 50 bis 99 Jahre angelegt und umfassen zumeist große Flächen von mehr als 200 Hektar. Die Liste der Investoren in

Agrarflächen des »Global South« ist lang: Staatsfonds, Joint Ventures, private Unternehmen, Kapitalgesellschaften, Industrieunternehmen, aber auch nationale Eliten in den Zielländern und weitere Akteure geben sich beim Wettlauf um die landwirtschaftlichen Flächen die Klinke in die Hand. Das erworbene Land dient dann der Produktion von Exportnahrungsmitteln oder – insbesondere für den europäischen Markt – der Herstellung von Agrarkraftstoffen. Häufig wird es auch – im Sinne der »Klimakompensation« (»Carbon Offsetting«) – zum Aufbau von Konservierungsprojekten, für den Anbau von hochwertigen Holzkulturen oder dem Bau touristischer Anlagen und privater Luxusressorts verwandt. Oder es wird das Objekt von Spekulationen: Denn Land ist zu einer Ware geworden, die gehandelt werden kann.

Die Gründe für die angestiegenen Investitionen in Agrarflächen sind vielfältig und reichen von den seit 2007 stark angestiegenen Landpreisen über das globale Bevölkerungswachstum, veränderte Kon-

Markt und die daraus resultierende, schwierige Datenlage erschweren eine eindeutige wissenschaftliche Bewertung und Einordnung. Einschlägige wissenschaftliche Arbeiten und ihre zu Grunde liegenden, empirischen Datenbanken – beispielsweise die Land Matrix der International Land Coalition – sind zumeist erst im Entstehen begriffen. Idealtypisch können dennoch bereits jetzt verschiedene Chancen und Risiken ausländischer Direktinvestitionen in Landflächen identifiziert werden.

Vertretern des lange dominanten, neoliberalen Entwicklungsparadigmas zufolge profitieren die Zielländer von Landkäufen durch ausländische Investitionen wirtschaftlich durch den dringend benötigten Kapitalzufluss in den Agrarsektor. Wohlfahrtswirkungen sollen dabei auch über diesen hinaus erreicht werden. Der Einsatz hochmoderner Technologien soll die landwirtschaftliche Produktivität verbessern, die Nahrungsmittelproduktion steigen und dadurch zusätzliche Wachstumsimpulse im Zielland generiert werden. Zudem können

LAND GRABBING IST KEIN NEUES PHÄNOMEN. NEU IST EHER DAS ENORME AUSMAß, IN WELCHEM DIESER HANDEL STATTFINDET.

sumgewohnheiten und zunehmende Wasserknappheit, bis hin zur steigenden Nachfrage internationaler Märkte nach Futter- und Lebensmitteln sowie Biomasse zur Energiegewinnung. Über die praktischen Auswirkungen dieses anhaltenden Trends herrscht in der Wissenschaft jedoch bislang noch Uneinigkeit. Die Intransparenz dieser Landgeschäfte in einem sich ständig in Bewegung befindlichen

dieser Sichtweise zufolge die Investitionen zu einer Verbesserung der Infrastruktur, der Erschließung von Märkten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze – und damit steigenden Lebensstandards – führen.

Auch das westafrikanische Sierra Leone kämpft mit der chronischen Unterfinanzierung seiner Landwirtschaft. Der größte »Arbeitgeber«, die Subsistenzlandwirtschaft, beschäftigt ungefähr die Hälfte der Erwerb- +

stätigen des Landes und insbesondere diese marginalisierte Bevölkerungsschicht ist zur Existenzsicherung von der Landwirtschaft abhängig. Dabei zählt Sierra Leone, nach den Kriterien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), zu den 62 auf Nahrungsmittelimporte angewiesenen »Low-Income Food-Deficit Countries« (LIFDC). In seiner »Agenda for Change« nimmt sich der derzeitige Präsident Sierra

Leones Bevölkerung, zahlt Kompensationen und Pachten, baut die lokale Infrastruktur weiter aus und unterstützt Frauenförderprogramme in der Region. Das Einkommen in den umliegenden Dörfern ist gestiegen, die angestellten Arbeitskräfte haben Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Weiterbildungsmaßnahmen und einen schriftlichen Arbeitsvertrag – auch wenn sie mit umgerechnet nur rund 80 bis 91 US-

der Durchfluss in den Flüssen. Dadurch erleben Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Einschränkungen beim Anpflanzen von ganzjährigem Gemüse, das ihnen als Existenzgrundlage dient.

Weite Teile des Landes leiden immer noch an Armut und Hunger. Hohe Einkommensunterschiede belasten zusätzlich das soziale Klima. Neopatrimoniale Strukturen mit Korruption, Klientelismus und Intransparenz sind in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen noch immer präsent. Beispielsweise waren vielen Kleinbäuerinnen und -bauern die möglichen negativen Auswirkungen des Projekts nicht bewusst. Sie vertrauten auf die mündliche Beratung über Vorteile und Bedingungen des Vertrages durch den Parlamentsabgeordneten Martin Bangura und der Anwaltskanzlei von Franklyn Kargbo & Co., der zum Zeitpunkt der Verhandlungen Berater in der »Strategy and Policy Unit« des »Office of the President« war und wenige Zeit später zum »Minister of Justice and Attorney General« ins Kabinett von Präsident Koroma berufen wurde.

Die Rechtsstaatlichkeit und damit auch die Sicherung von Eigentumsrechten ist nur schwach ausgeprägt. Wie auch in vielen anderen Staaten Subsahara-Afrikas sind die Grundbesitzverhältnisse zudem nur selten eindeutig geregelt. Oftmals bestehen traditionelle Landrechte und formale Eigentumsrechte parallel nebeneinander her. Diese schwach ausgeprägte Grundbesitzsysteme und eine diffuse und intransparente Rechtslage sind wiederum besonders anfällig für potenzielle Ausbeutungen durch ausländische Investoren und nationale Eliten. Denn anders als ursprünglich zugesichert, beansprucht das Schweizer Unternehmen nicht ausschließlich marginalisierte Böden oder degradierte Landflächen. Vielmehr rücken für das Bioethanol-Projekt zunehmend Gebiete mit hoher Bodenfruchtbarkeit in den Fokus. Für viele Kleinbäuerinnen und +

IN VIELEN STAATEN SUBSAHARA-AFRIKAS SIND GRUNDBESITZVERHÄLTNISSE SELTEN EINDEUTIG GEREGLT.

Leones, Ernest Bai Koroma, daher der chronischen Unterfinanzierung des Agrarsektors seines Landes an. Als »Flaggschiff« gilt dabei ein 2008 gestartetes Projekt des Unternehmens Addax Bioenergy, einer Tochterfirma der Schweizer *Addax & Oryx Group*. Dabei soll auf einer Gesamtfläche von mindestens 14.300 Hektar westlich der Stadt Makeni eine Million Tonnen Zuckerrohr pro Jahr produziert werden. Das Zuckerrohr wiederum soll später der Produktion von Bioethanol für den Export auf den europäischen Markt dienen. Gelobt wird das Vorhaben für seinen nachhaltigen Ansatz, insbesondere aber für das »Farmer Development Programme« (FDP), einem Ausbildungsprogramm für bis zu 2.000 einheimische Landwirte. Von dem Gesamtprojekt mit einer Laufzeit von 50 Jahren sind vor Ort etwa 13.500 Menschen betroffen, unterstützt wurde es bislang durch acht verschiedene europäische und afrikanische Entwicklungsfinanzierungsinstitute mit insgesamt 133 Millionen Euro. In vielen Punkten scheint das Unternehmen als Musterbeispiel für die positiven Effekte ausländischer Investitionen: Addax Bioenergy steht auch nach der Unterzeichnung des »Land Lease Agreements« im Dialog mit der loka-

Dollar pro Monat ein Gehalt erhalten unterhalb des Mindestlohns, den die Regierung Sierra Leones für 2014 auf 109 US-Dollar festlegte.

Darüber hinaus plant Addax, Überschüsse an erzeugter Energie in das staatliche Stromnetz einzuspeisen und dieses damit zu entlasten. Allerdings steht im Kleingedruckten der Verträge, dass Addax den Verlauf von sowie den Zugang zu Wasserläufen verändern und einschränken darf. Ebenso fehlt eine vertragliche Begrenzung der Wasserentnahme. Wie eine Studie der Initiative »Waterlex« feststellte, wurden und werden traditionelle Stellen zur Trinkwasserentnahme im Rahmen des Projektes zerstört und die Wasserverfügbarkeit für die lokale Bevölkerung während der Trockenzeit stark eingeschränkt. Bedenklich ist auch die projektbedingte Beeinflussung der Qualität des Grundwassers in der Region: so wurden etwa bereits erhöhte Mengen von Nitraten und Phosphaten sowie erste Belastungen durch »DCMU« nachgewiesen – ein selektives Herbizid auch bekannt als »Diuron« – welches als stark gewässergefährdend eingestuft wird. Des Weiteren sinken auch außerhalb der Trockenzeit die Grundwasserspiegel ebenso wie

LAND GRABBING II

-bauern wird durch die damit einhergehende – oft nur bedingt freiwillige – Zerstückelung der Ackerflächen und die Umsiedlungen auf weniger fruchtbares Land die Existenzsicherung gefährdet.

Auch das viel gelobte FDP trägt weit weniger als erwartet zu der Nahrungssicherheit der Bevölkerung bei: viele Kleinbäuerinnen und -bauern fielen beispielsweise bereits aus dem Förderprogramm heraus, weil sie die finanziellen Mittel für das Saatgut nicht aufbringen konnten. Trotz FDP bietet die Reisproduktion der Region mittlerweile insgesamt Anlass

auf dem Weg zu ihren Empfängerinnen und Empfängern versickern. Addax bemüht sich zwar inzwischen, die Gelder sicher und direkt an die lokalen Bauern und Bäuerinnen zu zahlen. Und obwohl die Zahlungen in Höhe von etwa 12 US-Dollar pro Hektar und Jahr im Einklang mit den nationalen Bestimmungen sind, können viele Familien davon schlechter leben, als sie es vorher von ihrem Ackerland konnten. Letztendlich zeigt das Beispiel Sierra Leone, dass die ländliche lokale Bevölkerung nur im geringen Maße von dem Projekt profitiert, gleich-

fügung – bei einer gesamten Staatsfläche von knapp 7,2 Millionen Hektar. Angesichts der konfliktgeladenen, jüngeren Geschichte des Landes und der Verschlechterung der lokalen Nahrungssicherheit kann es wenig helfen, dass sich die lokale Bevölkerung in den betroffenen Gebieten sowohl von den bisherigen Investoren betrogen als auch von der eigenen Regierung im Stich gelassen fühlt. •••

Magdalena Rodekirchen *studierte Politikwissenschaft an der FU Berlin und der McGill University in Montréal.*

DIFFUSE GRUNDBESITZ- UND RECHTSSYSTEME SIND BESONDERS ANFÄLLIG FÜR AUSBEUTUNG DURCH AUSLÄNDISCHE INVESTOREN UND NATIONALE ELITEN.

zur Besorgnis: Im Rahmen des Programms wurde 2013 in einigen Gemeinden die Untergrenze von 100 Kilogramm pro Person und Jahr für den lokalen Reiskonsum nicht erreicht. In Makari Gbanti lag diese beispielsweise nur bei 63 Kilogramm pro Person. Angesichts einer solchen Bedrohung der Nahrungssicherheit der lokalen ländlichen Bevölkerung können Zweifel an dem »Entwicklungsmodell« ausländischer Direktinvestitionen in Agrarflächen aufkommen. Sierra Leone musste mit rund 80.000 Tonnen im Jahr 2013 bereits circa 15 Prozent seines Reisbedarfs importieren, ein fortschreitender Landnutzungswandel könnte diese Zahl noch ansteigen lassen.

Die Nahrungssicherheit der Bevölkerung wird zudem massiv bedroht, wenn nicht nur die Existenzgrundlage – das Land – beeinträchtigt ist, sondern – wie in der Vergangenheit geschehen – auch die Kompensationszahlungen und Pachtgebühren

zeitig aber die Nahrungssicherheit durch den Wegfall fruchtbaren Ackerlandes und den eingeschränkten Zugang zu sauberen Wasserressourcen bedroht ist. Und das, obwohl das Agrarkraftstoffprojekt des Unternehmens Addax Bioenergy als eines der Musterbeispiele für die positiven Effekte Ausländischer Direktinvestitionen in Agrarflächen in Ländern des »Globalen Südens« gilt.

Bisher – Stand 2011 – wurden allein in Sierra Leone Agrarflächen in einer Größenordnung von circa 508.000 ha verpachtet, die meisten davon zur Produktion von Agrarkraftstoffen. Die Investoren kommen aus Europa, den USA, Indien, China, Vietnam und Nigeria. Und mehr sollen kommen, zumindest wenn es nach dem Präsidenten Koroma geht. Seinen Angaben nach stünden Sierra Leone vier bis fünf Millionen Hektar ungenutzter Agrarflächen für entsprechende ausländische Investitionen zur Ver-

Quellen und Links:

[Bericht der Land Matrix Partnership vom April 2012](#)

[Internetauftritt des Makeni Projekt von Addax Bioenergy](#)

[Studie des Transnational Institute über Land Grabbing vom Mai 2010](#)

[Studie von FAO, IIED und IFAD zu Land Grabbing aus dem Jahr 2009](#)

[Studie der International Land Coalition vom Januar 2012](#)

[Studie des Oakland Institut zu Land Investment Deals in Sierra Leone von 2011](#)

[Webpräsenz des Sierra Leone Network on the Right to Food](#)

DAS RECHT AUF NAHRUNG

Graswurzelbewegung, fast wörtlich: Weltweit treten Nichtregierungsorganisation und ehrenamtliche Gruppierungen für das Recht auf Nahrung ein. Hier beteiligen sich am »World Food Day 2013« Freiwillige an einer Ernteaktion für »Leket Israel«, vergleichbar mit der »Tafel«-Initiative in Deutschland.

Foto/Illustration: Thierry Ehrmann/CC BY 2.0





Mit allen Mitteln: Durch eine ironische PR-Aktion am 4. September 2013 vor dem Europaparlament machen die »Friends of the Earth Europe« auf Nahrungsmittelspekulation aufmerksam, die regelmäßig zu künstlichen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt führt.

Foto: Friends of the Earth Europe/Lode Saidane/CC BY-NC 2.0

WICHTIG IST, WAS DRUM IST

VON MAIKE VOGT

Lebensmittelverschwendung hat vielfältige Ursachen. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen spielen neben Marketingstrategien veraltete Hilfsmittel bei Anbau und Ernte sowie Ressourcen und Konsumentenverhalten eine Rolle. Viele der Ursachen sind komplex mit Politik und Wirtschaft verwoben, andere sind eher simpel und wären leichter zu beheben. Inwiefern spielen Verpackungen bei Lebensmittelverschwendung eine Rolle und wo gibt es Lösungsansätze?

Was ist eine Verpackung? Die Nutzung von industrieller Verpackung definiert Joseph Hotchkiss, Leiter des »Center for Packaging Innovation and Sustainability« als Maßnahme, Güter auf dem Weg von den Produktionsstätten zum Endverbraucher transportgerecht zu verstauen und gegen äußere Einflüsse zu schützen. Eine Verpackung ist primär dazu gedacht, Lebensmittel während der gesamten Lieferkette sicher aufzubewahren und zu transportieren. Und da die Lieferketten mitunter sehr lang sein können, ist es nicht überraschend, dass Verpackungen in Industrie- und Entwicklungsländern eine unterschiedliche Rolle spielen.

In den Entwicklungsländern, in denen auch Produkte für den heimischen Markt angebaut werden, ist ein Mangel an Verpackungen zu Anfang der Lieferkette ein enormes Problem. Viele gute Produkte

fallen dadurch aus der Kette, noch bevor sie zu den (Super-)Märkten gelangen. Die Tragik dieser Umstände liegt darin, dass die Bevölkerung am meisten unter den Verlusten zu leiden hat, obwohl dies durch simple Verpackungen vermeidbar wäre. In den Industrieländern ist es genau andersherum. Dort gibt es ein Überangebot an Lebensmitteln im Supermarkt, sodass es für den Kunden leichter ist, sich neue zu kaufen, anstatt intelligent und sparsam zu konsumieren. Aufgrund dieses Überangebots sind Verpackungen hierzulande dafür konzipiert, Produkte nach dem Kauf möglichst lange haltbar zu machen, damit sie äußerlich keinen Schaden nehmen.

Denn was hierzulande in den Einkaufswagen kommt, muss nicht nur frisch sein, es muss auch ästhetisch aussehen: Äpfel müssen rot, Bananen

krumm und Minutensteaks gleichmäßig marmoriert sein. Nahrungsmittel, die angeboten werden, müssen möglichst schön sein und sollen daher lange von allen äußeren Einflüssen geschützt werden. Das hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass die Verpackungsindustrie über das Ziel hinausgeschossen ist. Bemerkbar macht sich das dadurch, dass einzelnes Obst oder Gemüse eingeschweißt und Verpackungsgrößen für Singlehaushalte angeboten werden. Dass dadurch Unmengen an Müll erzeugt werden, erklärt sich von selbst.

Die Verpackungsindustrie argumentiert mit dem längeren Haltbarmachen der Lebensmittel und mit der einhergehenden Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in den Industrieländern. Dieses Argument scheint auf den ersten Blick einleuchtend, Fakten strafen diese Behauptung jedoch Lügen. +

Denn längst ist erwiesen, dass der Großteil der Lebensmittelverschwendung in Industrieländern aus dem »Unwissen« der Konsumenten über die tatsächliche Haltbarkeit von Lebensmitteln resultiert. Aktivisten wie Selina Juul, Gründerin der »Stop Wasting Food (Stop Spild Af Mad)« Bewegung in Dänemark und Tristram Stuart, Autor und Gründer der »Feed the 5000« Bewegung haben dieses Problem erkannt. Durch verschiedene Kampagnen und gezielte Aufklärung der Konsumenten konnten sie die Lebensmittelverschwendung in Dänemark und Großbritannien effektiv bekämpfen.

Neben einer umfassenden Aufklärung könnten »intelligente Verpackungen« dazu beitragen, das Wegwerfen von Lebensmitteln zu verringern. Diese hat der spanische Hersteller *Itene* bereits mit sogenannten »smart stickers« auf dem Markt gebracht. Die Sticker sind mit bestimmten Chemikalien versehen und reagieren mit den Stoffen, die die Lebensmittel während ihres natürlichen Zersetzungsprozesses ausscheiden. Je nach Grad der Zersetzung verfärben sie sich von grün zu rot. So kann der Konsument leicht erkennen, wie frisch die Lebensmittel tatsächlich sind; auch wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum bereits überschritten wurde.

Doch macht es überhaupt Sinn, sich im Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung auf die Verpackungen zu konzentrieren? Die Antwort lautet: ja, aber an einer anderen Stelle, als man zuerst denken mag. Denn die Ursachen für den Verlust eines Großteils der Lebensmittel sind ebenso simpel, wie verheerend. Während er in Industrielän-

dern eher am Ende der Lieferkette erfolgt und das Resultat von überhöhten Ansprüchen der Konsumenten an die Produkte ist, ist die Verschwendung von Lebensmitteln in Entwicklungs- und Schwellenländern laut Studien der FAO oft schlechten Ernte-, Transport- und Lagerbedingungen geschuldet. Die FAO-Mitarbeiterin Nerlita Manalili nennt die »Verpackung als Lösung« einen der ent-

den und gegessen wird. So kommt es bei 70 Prozent der Bananen zu Druckstellen und Schäden schon während des Transports. Oftmals wird die Qualität der Früchte dadurch so vermindert, dass sie nicht mehr zu verkaufen sind und verloren gehen. Ein Großteil dieser Verluste könnte vermieden werden, wenn Bananen in luftdurchlässigen Kisten oder Paletten transportiert und gelagert werden würden.

DER KAMPF GEGEN EINE VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN LOHNT, DENN DIE URSACHEN SIND EBENSO SIMPEL WIE VERHEEREND.

scheidenden Erfolgsfaktoren für die Bekämpfung von Lebensmittelverlusten in Entwicklungs- oder Schwellenländern.

Beispiele, wie eine richtige Verpackung die Lebensmittel schützen kann, sind ebenso vielfältig, wie die Faktoren, die für einen Großteil des Lebensmittelverlustes am Anfang der Lieferkette verantwortlich sind: Die FAO hat verschiedene Studien zu Lebensmittelverlusten in Kenia veröffentlicht und gezeigt, das beispielsweise bei Bananen und Mangos das größte Problem der Transport und die Aufbewahrung darstellt. Die Früchte werden häufig in großen Mengen ungeschützt in die Fahrzeuge der Händler verladen. Dabei ist es nicht unüblich, dass bei der Be- und Entladung auf den Früchten gestan-

Allerdings haben lokale Märkte nur wenig Bedarf an Verpackungsmaterial, weswegen einfache Verpackungen in vielen Ländern erst gar nicht hergestellt werden. Das ist auch ein Problem in Burkina Faso. Dort machen hohe Zölle den Kauf von Kisten aus dem Ausland für die Bauern unerschwinglich. Die Früchte müssen zwangsläufig offen auf Lkws transportiert werden, was zu den angeführten Qualitätsverlusten führt.

Würde man Transportkisten nutzen, könnten zwar weniger Früchte pro Fahrt in Lkws transportiert oder in den Reifekammern gelagert, aber der Qualitäts- und Quantitätsverlust würde stark verringert werden. Außerdem entstünden den Händlern keine Verluste, weil sie minderwertige Produkte bil-

liger verkaufen müssen. Das könnte den Verlust größtenteils ausgleichen. Es ist erstaunlich, was eine simple Holzkiste als Verpackungs- und Transportmittel für einen Unterschied machen kann.

Schädlinge wie Ratten, Mäuse und Insekten sind vor allem in ländlichen Gebieten ein Problem. Insekten wie der Rüsselkäfer sind eine Plage in vielen Mühlen in Kenia, in denen Maismehl, ein Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, hergestellt wird. Andere Insektenarten befallen Reisernten oder Fisch- und Fleischprodukte. Das ist problematisch, da sie nur mit Pestiziden bekämpft werden können. Diese sind für die Farmer und Händler aber nicht nur oft zu teuer, sondern greifen auch die gelager-

wendet werden soll. Herkömmliche Folien werden oft von den Knochen zerstoßen und können das Fleisch somit nicht mehr schützen. Die neue Folie benötige nur 23 Prozent mehr Material und reduziere die im Einzelhandel auftretenden Schäden um über 50 Prozent.

Warum existiert dieses Problem dann noch, wenn die Lösung doch so einfach ist? Zum einen sind viele Lebensmittelverluste dem Versagen des Marktes geschuldet. Dazu gehört vor allem das Versäumnis, Bauern, Zulieferern und Verkäufern Zugang zu finanziellen Möglichkeiten zu geben. Folglich können die Akteure in der Lieferkette nicht in neue Technologien investieren, was der Haupt-

ation, was hinderlich für potentielle Unterstützung ist. So wurden zum Beispiel in Kenia von der Regierung und Spendern Projekte gestartet, um die Bananenproduzenten im Kampf gegen Verluste bei der Ernte zu unterstützen. Indes haben die Farmer wenig Interesse an den angebotenen Einrichtungen gezeigt und die Zwischenhändler haben vorgebracht, dass die laufenden Kosten die Vorteile der Einrichtungen nicht rechtfertigen würden.

Laut Manalili und Hotchkiss gibt es aber noch ein viel spezifischeres Problem, welches ein Ergebnis der zuvor aufgezeigten Mängel ist. Sie führen an, dass nur wenig bis gar nicht in die Verpackungsindustrie der Produktionsländer investiert wird. Grund dafür ist, dass die internationalen Anforderungen an Verpackungen nicht erfüllt werden können, weshalb Lebensmittel, die für den Export bestimmt sind, von den Käuferfirmen verpackt werden.

Um diesem Problem entgegenzuwirken, muss in den betroffenen Ländern in eine stabile Verpackungsindustrie investiert werden. Dies muss vor allem seitens der Regierung und gegebenenfalls mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen geschehen. Gelegenheiten und Möglichkeiten für die Verpackungsindustrie sind jedenfalls gegeben und hängen nach Manalili größtenteils von der Leistungsfähigkeit der Regierung ab. Sie spricht sich dafür aus, die oft strengen Verpackungsregulationen zu einem gewissen Grad zu lockern und somit den Markt für mehr Verpackungsmaterialien zu öffnen.

Hotchkiss, der eine »angemessene Verpackung« als simpelsten und kostengünstigsten Weg bezeich-

VORHANDENE LÖSUNGEN SIND SIMPEL UND EFFEKTIV, NUR DIE UMSETZUNG DÜRFTE WIE IMMER SCHWER FALLEN.

ten Lebensmittel an. An einem geeigneten Lagerungs- und Transportsack arbeitet die amerikanische Firma *DOW Chemical Company*. Das sogenannte »IRRI Superbag«, ist laut DOW luft- und feuchtigkeitsundurchlässig. Es ist wiederverwendbar und schützt gegen Ratten und Insekten ohne jeglichen Einsatz von Pestiziden.

Ein weiteres Produkt der Firma ist eine Folie, die zur Verpackung von Fleisch mit Knochen ver-

grund des Lebensmittelverlustes bei der Ernte, dem Transport und der Lagerung – gerade in wärmeren Ländern – ist. Zusätzlich hat es die Politik versäumt, den Markt zu regulieren. Das Fehlen eines rechtlichen und regulatorischen Umfelds erschwert allen Akteuren den Zugang zu finanzieller Hilfe und macht den Aufbau eines transparenten Marktsystems schwierig. Diese fehlende Transparenz erschwert den Akteuren den Überblick über ihre Situ-

net hat, um den globalen Lebensmittelverlusten vorzubeugen, spricht sich wie Manalili für den Aufbau einer Packungsindustrie in den Produktionsländern aus. Er betont, dass die Herstellung einer Verpackung nicht kompliziert sein müsse. Je nach Produkt müssten gewisse Anforderungen getroffen werden, und oft reichten simple Lösungen. Laut Hotchkiss erfüllt eine angemessene Verpackung für die lokalen Märkte folgende Kriterien: Erstens sollten Materialien verarbeitet werden, die aus der Region gewonnen werden könnten. Damit würden die Transportkosten für die Rohmaterialien gespart und gleichzeitig die regionale Industrie gestärkt. Zweitens sollten die Verpackungen wenig kosten und kein »Luxusprodukt« sein. Das würde am Ende den Bauern zum Nachteil werden, die sich die neuen Verpackungen nicht leisten und auf dem Markt nicht mehr mithalten könnten. Drittens sollten sie möglichst wiederverwertbar sein und nur mit Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit produziert werden; und das sei in Afrika größtenteils der Transport. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die Verpackungsindustrie wie in den Industrieländern noch weiter expandierten, den Markt mit unnötigen Verpackungen überfluteten und schlimmstenfalls zu einem Umweltproblem beitragen.

Die Lösung für den transport- und lagerbedingten Verlust von Lebensmitteln in Entwicklungsländern ist ebenso simpel wie effektiv, auch wenn die Umsetzung aufgrund der Versäumnisse von Markt und Politik in der Praxis nicht leicht sein dürfte. Und während es nicht nur sinnlos, sondern auch

kontraproduktiv ist, sich für mehr Verpackungen in Industrieländern einzusetzen, ist dieser Ansatz für Entwicklungsländer genau richtig. In zweckmäßige Verpackungen für Transport und Lagerung zu investieren hat drei Vorteile: Die Verpackungsindustrie der Entwicklungs- und Schwellenländer wird angekurbelt und schafft neue Arbeitsplätze, Farmer und Transporter haben weniger Verluste an Ware zu beklagen und demnach weniger Einbußen bei den Einnahmen, und der Lebensmittelverschwendung wird zumindest zum Teil entgegengewirkt. ●●●

Maike Vogt *studierte Japanologie und Philosophie in Düsseldorf und arbeitet für die Kinderschutzorganisation »Make a Change«.*

Quellen und Links:

[Paper »Global initiative on food loss and waste reduction – Food Loss Assessments: Causes and Solutions. Case Studies in Small-scale Agriculture and Fisheries Subsectors« der FAO von 2014](#)

[Daniel Themen: »Reduction of food losses and waste in Europe and Central Asia for improved food security and agrifood chain efficiency« FAO, 2014](#)

[Global Initiative on Food loss and Waste Reduction der FAO von 2014](#)

[Webpräsenz der Initiative »Save Food«](#)

[Webpräsenz der Firma Itene](#)

[Webpräsenz der Firma DOW Chemicals](#)

NOTIZ

APFELOPFER

Die russischen Gegensanktionen aufgrund der Sanktionen der EU haben in Polen eine Kampagne des »fröhlichen Patriotismus« in den sozialen Medien zur Folge gehabt – und für Stimmung im Warschauer Kabinett gesorgt.

Ein **Importverbot** für polnisches Obst und Gemüse verhängte Russland am 1. August 2014 – wegen angeblicher Verstöße gegen die Nahrungsmittelsicherheit. Die Tageszeitung *Puls Biznesu* aus Warschau reagierte darauf bereits am 30. Juli präventiv mit einem Leitartikel: »Iss‘ Äpfel und trinke Apfelwein gegen Putin!« Kurz danach bissen andere bei der Aktion an: Journalisten, Schauspieler, Politiker ließen sich mit einer Flasche Apfelwein in der Hand oder einfach während des Essens eines Apfels fotografieren. Und schmückten ihr Selfie mit Slogans: »Zum Teufel mit Putin« oder »An apple a day keeps Putin away!«. Premier Donald Tusk stellte einen großen Korb mit Äpfeln während einer Kabinettsitzung auf den Tisch, Außenminister Radek Sikorski bot seinen EU-Kollegen bei einem informellen Treffen in Mailand das polnische Kernobst an. In sozialen Netzwerken wurde die Kampagne immer populärer, der Hashtag lautete #jedzjablka oder #eatapples.



Foto: blu-news.org/CC-BY-SA 2.0

Polen ist der weltgrößte Exporteur von Äpfeln. 2013 exportierte das Land 1.205.000 Tonnen Äpfel im Wert von 438 Millionen Euro. 56 Prozent davon gingen nach Russland, 12 nach Weißrussland, 5,5 nach Deutschland und 4,3 Prozent in die Ukraine. Um das russische Importverbot auszugleichen, müssten Polen pro Kopf jährlich über 20 Kilogramm mehr Äpfel essen. Aber nicht nur Polen trifft der russische Boykott: Auch Südtirol verschifft normalerweise Äpfel nach Russland, genauso wie jährlich circa 8 Prozent der deutschen Äpfel dort verkauft wurden. Apfelbauern in Deutschland schauten folglich mit Sorge auf die Apfelschwemme aus Polen, die die Preise in den Keller hat purzeln lassen.

Noch im August hat die EU Entschädigungen für Landwirte eingeführt, um deren Verluste wegen des russischen Importverbots auszugleichen. Polnische Obstbauern, die ihre Äpfel immer noch für gut 10 Groschen (0,02 Euro) pro Kilo verkauften, anstatt 27

Groschen (0,06 Euro) Entschädigung zu beanspruchen, nannte Landwirtschaftsminister Marek Sawicki »Trottel«. Später entschuldigte er sich.

Indes plädierte Wirtschaftsminister Janusz Piechocinski für die Aufhebung des Werbeverbots für Apfelwein als alkoholischem Getränk. Das kollidierte mit der Meinung des Gesundheitsministeriums: Auch patriotische Alkoholwerbung sei schädlich für die öffentliche Gesundheit, vor allem für junge Menschen. Das hat aber nicht verhindert, dass der Konsum und die Popularität des Apfelweins, vor allem im Sommer, massiv zugenommen hat. **Anna Przybyll**

Quellen und Links:

Hintergrundbericht des Handelsblatts vom 19. September 2014

Meldung der BBC vom 31. Juli 2014

Meldung von tagesschau.de vom 30. Juli 2014

DAS RECHT AUF NAHRUNG

Die mauretanische Bäuerin Seidou Sy Fame arbeitet 2012 hart in einem Gemeinschaftsgarten des Dorfes Ganki, um die Ernte vor der grassierenden Dürre zu bewahren. Das *Recht* auf Nahrung ist für sie wie für zu viele Menschen ein täglicher *Kampf* um Nahrung.

Foto: Oxfam/Pablo Tosco



Mehr als eine »Hunger-Games-Fassung« von »Empört Euch!«

Von 2000 bis 2008 war **Jean Ziegler** UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Seine in dieser Zeit gewonnenen Erfahrungen im Kampf gegen den Welthunger schrieb der Schweizer in einer Anklageschrift nieder: »Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt«, wirft er der westlichen Welt vor.

Für den ehemaligen UN-Beauftragten beschränkt sich der Skandal nicht darauf, dass jährlich mehrere zehn Millionen Menschen Hungers sterben. Vielmehr besteht die Schande der westlichen Welt darin, dass auf einem Planeten, der grenzenlosen Überfluss produziert, Menschen an Unterernährung sterben. Sein Buch »Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der Dritten Welt« ist sowohl Bestandsaufnahme als auch Abrechnung.

Dabei spannt der Soziologe zunächst den Bogen weit zurück bis zum Ende des 18. Jahrhundert. Von dort aus zeichnet er die Karriere des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes nach. Demzufolge steige die Bevölkerungszahl exponentiell (1, 2, 4, 8, 16, 32 ...), wogegen Nahrungsmittelressourcen ein arithmetisches Wachstum (1, 2, 3, 4, 5 ...) besäßen. Hunger konnte somit als ein zwangsläufiges Phänomen eines Bevölkerungszuwachs erklärt werden. Die auch heute immer wieder auflebende These lässt Ziegler durch den brasilianischen Arzt Josué de Castro ent-

kräften, der sich Mitte des 20. Jahrhunderts in zahlreichen Untersuchungen mit dem Thema Hunger beschäftigte. Darin kam de Castro zum Schluss, dass Hunger stets ein von Menschen gemachtes Problem sei. Kolonisation, Monopolisierung und Monokultur schafften erst die Armut, die dann zu einem Geburtenanstieg führe, da der Nachwuchs dann der Absicherung diene.

Diese eher theoretische Auseinandersetzung mit den Ursachen des Hungers ist als Einstieg gerade für Leser aufschlussreich, die sich mit dem Thema Nahrungsmittelsicherheit bislang noch nicht in aller Tiefe beschäftigt haben. Ebenso dürfte die von Ziegler drastisch beschriebene Krankheit Noma, die durch Unterernährung verursacht, Weich- und Knochenanteile des Gesichts zerfrisst, dem interessierten Laien eher weniger bekannt sein.

In den weiteren Kapiteln drei bis sechs richtet der Schweizer seinen Blick auf die aktuelle Situation und benennt deutlich die aus seiner Sicht Schuld-

gen an dem immer noch herrschenden Hunger. Da wäre einmal die neoliberale Ideologie, die Akteure blind und taub gegenüber dem eigenen Handeln mache. Das Urteil des Autors ähnelt dabei dem Bonmot von Karl Kraus über die Psychotherapie: Dementsprechend wäre der Neoliberalismus die Krankheit, als deren Heilung er sich ausgibt.

Ein weiteres Hunger verursachendes Übel ist für Jean Ziegler die wachsende Nutzung von Landwirtschaftsflächen zur Biotreibstoffgewinnung. Ebenso prangert er das rücksichtslose Treiben von Spekulanten und den Landraub in Entwicklungsländern an. Trotz aller vorgebrachten Tadel gegen die Finanzwirtschaft und Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank ist das Buch aber kein »Empört Euch!« als »Hunger-Games-Fassung«. Ziegler wartet mit zahlreichen Statistiken, Diagrammen und Tabellen auf, um sein Lagebild zu untermauern. Andererseits lässt er den Leser nicht mit den mageren Beitragszahlungen der Industriestaaten an das UN World Food Pro- +

gramme (WFP) und die Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) deprimiert stehen, sondern nimmt ihn mit auf die Fahrt von spontan organisierten Hilfslieferungen.

Aufgrund seiner Zeit als UN-Sonderbericht-erstatte hat Ziegler einen reichen Fundus an Begegnungen und Erlebnissen mit Menschen, die trotz schwieriger Bedingungen Kraft und Mut bewiesen haben. So zum Beispiel die Geschichte von Daly Belgasmi, dem WFP-Exekutivdirektor in Islamabad. Als 2002 es zu Hungersnöten in Afghanistan kam,

Zwar wird ihnen keinerlei Dummheit, Skrupellosigkeit oder gar Bosheit unterstellt. In den Beschreibungen dieser Personen kommt eher jenes Unverständnis des Autors zum Ausdruck, das sich als Frage durch das gesamte Buch zieht: Wie können solche Mechanismen weiterhin stattfinden oder sogar verteidigt werden, deren Folgen an ungerechter Verteilung so offensichtlich sind?

Das letzte Kapitel des Buches lautet »Die Hoffnung«, und die gibt es, da diese Mechanismen menschengemacht sind und somit von Menschen

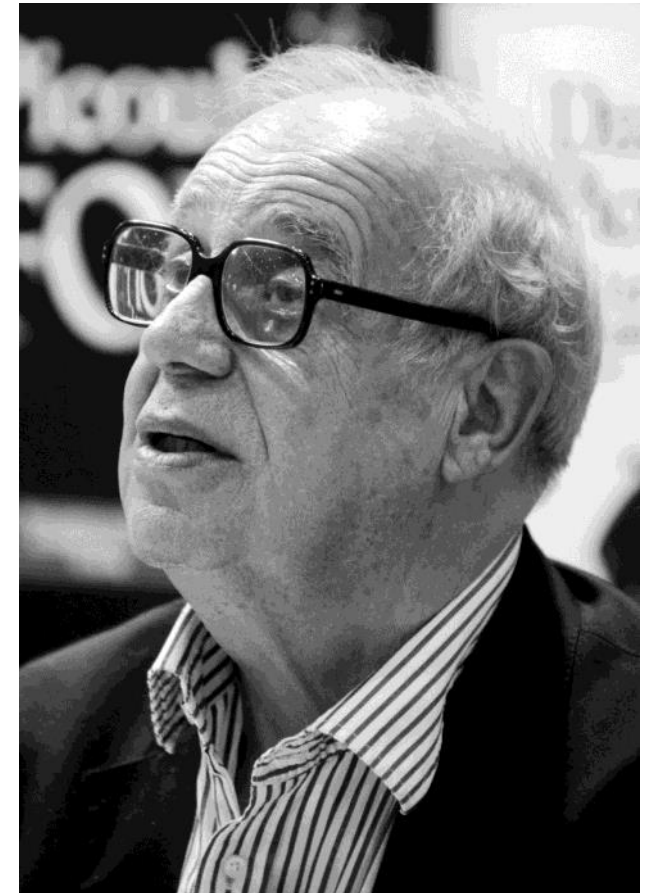
DER WEG DAHIN, DIE ZUM HUNGER FÜHRENDEN MECHANISMEN ZU BRECHEN, FÜHRT NICHT ÜBER ZIVILEN UNGEHORSAM UND REBELLION.

organisierte er einen Hilfskonvoi mit 30 vollgepackten LKW und brach nach Jalalabad auf. Obwohl die Route die Kolonne durch Gebiete führte, in dem die US-Luftwaffe gerade Bombardierungen durchführte und das Militär ihn aufforderte umgehend umzukehren, ließ sich Belgasmi von seiner Mission nicht abbringen und erreichte – er selbst saß mit im ersten Lastwagen – schließlich sein Ziel.

Doch stellt Ziegler nicht nur die Ebene der »Feld-Mitarbeiter« vor, er beschreibt auch Akteure aus den obersten Etagen von Institutionen, die er in seiner UN-Zeit getroffen hat. Sofern diese sich jedoch gegen ihn gestellt haben, kommen sie nicht ganz so gut davon: beispielsweise der WTO-Generaldirektor von 2005 bis 2013, Pascal Lamy, oder der damalige UN-Botschafter der USA, George Moose.

wieder gebrochen werden können. Der Weg dorthin führt aber nicht über zivilen Ungehorsam und Rebellion. Vielmehr ruft Ziegler den Lesern zum Abschied zu, es gebe keine Ohnmacht in einer Demokratie. Zumindest die westlich-demokratischen Staaten seien daher in der Lage, einen gemeinsamen Willen gegen den Welthunger zu entwickeln, wenn ihre Bevölkerungen dies von ihren Regierungen einfordern würden.

Das klingt optimistisch und mag für die anstehenden Festtage dem inneren Gerichtshof Frieden geben – ein Blick aus dem Fenster auf die montags vorbeiziehenden »patriotischen Europäer« genügt, um festzustellen, dass es zumindest in Deutschland andere Forderungen derzeit auf die politische Agenda geschafft haben. **Björn Hawlitschka**



Jean Ziegler Foto: Rama/Wikimedia Commons/CC BY-SA 2.0 FR



Jean Ziegler
»Wir lassen sie verhungern.
Die Massenvernichtung in der
Dritten Welt«

München (Bertelsmann/
Random House)
2012, 320 Seiten, 9,99 Euro

ganz neue Methoden ...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE



Grafik: mmo

Schlafwandler 2014

Das Jahr schien anfangs beseelt zu sein vom Rückblick auf den sich zum 100. Mal jährnden Ausbruch des Ersten Weltkriegs: Waren keine Zeichen der sich anbahnenden »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« erkennbar gewesen? Doch statt Lehren aus der Vergangenheit lieferte das Jahr 2014 Antworten auf Fragen der Gegenwart und Zukunft, die niemand mehr stellen wollte: Ja, es gibt wieder die Gefahr eines Krieges in Europa. Ja, es wurden im 21. Jahrhundert wieder Grenzen von einem Staat eigenmächtig neu gesetzt. Nein, auch heute sind Medien nicht davor gefeit in Propagandaschlachten zu ziehen. Nein, die Welt ist nicht bei

allen Deutschen zu Gast bei Freunden. Ja, Horden eines Steppenreiches können sich wieder Europas Toren nähern, doch statt zu Pferde im Toyota Pickup.

Andere Ereignisse zeigten, dass die Welt 2014 immer noch die gleiche geblieben ist (Nahostkonflikt) oder wieder zur gewohnten Tagesordnung (Thailand, Ägypten) gefunden hat – was keineswegs allen gefallen dürfte. Aber da ist auch Hoffnung auf ein besseres 2015; vielleicht in Mexiko oder zwischen den USA und Kuba. Wir lassen noch einmal zwölf ausgewählte sicherheitspolitische Themen Revue passieren.

+

JAHRESRÜCKBLICK

Januar | Deutschland

»Warten auf mehr Taten, nicht auf mehr Worte«

1 Die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar war in mehrfacher Hinsicht eine Premiere: Zum ersten Mal in der 50-jährigen Geschichte der Veranstaltung wurde sie von einem deutschen Staatsoberhaupt eröffnet, das ein stärkeres außenpolitisches Engagement Deutschlands anmahnte und dafür dennoch weiter im Amt bleiben konnte. Doch damit nicht genug: Die Reden von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) knüpften an Gaucks Plädoyer an.

Für einen Augenblick schien sie endlich gekommen zu sein: die längst überfällige, öffentlich zu führende Debatte über Sicherheitspolitik. Und sie schwebte auf überparteilichen Konsensflügeln mit präsidial-pastoralen Weihen herein. Das beeindruckte auch das internationale Publikum. Natürlich mit der Einschränkung, wie sie etwa Steve Clemons, Chefredakteur der Zeitschrift *The Atlantic* formulierte: »Wir warten auf mehr Taten, nicht auf mehr Worte.«



Nur scheint aber gerade eine Umsetzung in die Praxis immer dann schwer zu fallen, wenn die Politik gefordert ist, Position zu beziehen. Zum Beispiel im Fall der geplanten Ausbildungsmission der Bundeswehr im Irak, wie am Ende des Jahres zu sehen sein soll. Einerseits möchte die Regierung diesen Einsatz durch ein Placet des Parlaments gedeckt wissen. Andererseits gründet sich

das Vorgehen der gegen den »Islamischen Staat« kämpfenden Staaten auf keinem Beschluss eines Systems kollektiver Sicherheit, wie UNO, Nato oder EU. Sollte die Opposition daher Klage gegen ein Bundestagsmandat einlegen, das aus ihrer Sicht gegen Artikel 24, Absatz 2 des Grundgesetzes verstößt, wird wohl ein weiteres Mal ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts am Ende eines politischen Entscheidungsprozesses stehen.

zurück zur Jahresübersicht: ••

Februar | Syrien/Irak

Game of Thrones, Dschihad-Edition 1



2 Das Geschäftsjahr der al-Qaida begann früh mit einem Rückschlag: der Leiter der syrischen Filiale al-Nusra war im Februar getötet worden. Verantwortlich für den Tod von Abu Khaled al-Souri waren jedoch weder Assad-

Truppen noch eine Anti-Terror-Operation der USA. Dahinter steckte ein Kommando damals noch als »Islamischer Staat im Irak und der Levante« (ISIL) auftretender Dschihadisten. Das Attentat markierte den Bruch zwischen den beiden Terror-CEOs Aiman al-Zawahiri und Abu Bakr al-Baghdadi. Seitdem befinden sich beide im Konkurrenzkampf um den Dschihadisten-Thron. Im Mai verlor die einst mächtige »Basis« weitere Aktien im Maghreb: Ihr Versuch einer Übernahme des entführten jordanischen Botschafter in Libyen scheiterte an der Ablehnung der Mittelklasse-Terroristen des Stamms al-Dersi. Fortsetzung folgt ... ••

März | Ukraine/Russland

»Ekkehart! Kuck mal in den Keller, ich glaub die Russen sind da!«

3 Nicht einmal eine Woche war seit der Abschlussfeier für die Olympischen Spiele von Sotschi vergangen, da begann die russische Staatsführung am 27. Februar auf der Krim ein neues Spielchen, das sich übers ganze Jahr



hinziehen sollte: Waren es nun grüne Männchen, örtliche Selbstverteidigungskräfte, verirrte Fallschirmjäger oder Soldaten auf Urlaub, die nicht nur auf der Halbinsel, sondern später auch in der Ostukraine auftauchten? Die Erklärungen +

JAHRESRÜCKBLICK

des Kreml erreichten jedenfalls in diesem Jahr ein Troll-Niveau, das einen Vergleich zu den Zeiten des Kalten Kriegs nicht scheuen braucht.

Eine vernünftige Lagebeurteilung über das Geschehen in den Regionen Donezk und Luhansk wurde aber auch von Erklärungen der Kiewer Regierung nicht erleichtert, die zeitweilig mindestens eine russische Invasion pro Woche verkündete. Ebenso undurchsichtig ist das Agieren der Freiwilligen-Bataillone: Können diese durch die Regierung Poroschenko kontrolliert werden? Was jedoch feststeht: In der Südostukraine herrscht ein Krieg, dem Menschen zum Opfer fallen. Allein bis Dezember 2014 haben die Kämpfe mindestens 4.700 Leben gefordert. Die Auswirkungen des Konflikts beschränken sich zudem nicht nur auf Kiew und Moskau. Die politische Weltordnung ist seit der Landung russischer Truppen auf der Krim eine andere, und es wird viel Zeit und Mühen kosten sie wieder zu stabilisieren und verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen. ••

April | Indien

Erdogan vom Ganges

4



Wenn Indien ein neues Parlament wählt, dann dauert das nicht Tage oder Wochen sondern mehr als einen Monat. Vom 7. April bis 12. Mai waren nacheinander in den einzelnen Bundesstaaten die Einwohner

zum Urnengang ausgerufen. Mit dem Ergebnis der Stimmauszählung vom 16. Mai heißt der neue Premier Narendra Modi, der als »vikas purush«, Mann der Entwicklung, im Wahlkampf überzeugen konnte. Als Mann des Wandels fand Modi bereits im April in einer Studie der Investmentbank »Goldman Sachs« eine positive Bewertung. Sorgte er doch für wirtschaftlichen Aufschwung im Bundesstaat Gujarat, den er als Chief Minister seit 2001 regiert hatte.

In dieser Zeit zeigte Modi aber auch, dass er die Klaviatur des Hindu-Nationalismus beherrscht. Mitglieder seiner Partei, der Bharatiya Janata Party fielen zudem in der Vergangenheit durch Korruptionsskandale und kriminelle Machenschaften auf. Doch abgesehen von diesen Vorgeschichten verliefen die

ersten Monate unter dem neuen Premier eher unauffällig und ausgewogen. So wurden einerseits die Dieselsubventionen gestrichen, was unter anderem die Bauern stärker belasten dürfte. Andererseits setzte die Regierung aber eine Ausnahmeregelung gegenüber der WTO durch, um weiterhin Nahrungsmittel zur Versorgung von Armen einlagern zu können. Auch außenpolitisch scheint Indien mit durchaus schwierigen Nachbarn wie Pakistan und China einen »Null-Probleme-Kurs« zu fahren. Mit dieser Form der Diplomatie ging es anderswo schon einmal gegen die Wand. ••

Mai | Thailand/Ägypten

Nach Futsch kommt Putsch

5



Monatelang war das Land blockiert – politisch und faktisch in den Straßen Bangkoks. Seit Herbst 2013 hatte Oppositionsführer Suthep Thaugsuban seine Gelbhemden für Massenproteste gegen Premierministerin Ying-

luck Shinawatra mobilisiert. Schließlich enthob das Verfassungsgericht die Ministerpräsidentin ihres Amtes Anfang Mai wegen Amtsmissbrauchs. Der Weg schien frei für Neuwahlen und eine mögliche Amtsübernahme der Gelbhemden. Da trat ein weiteres Mal Thailands verlässlichster Akteur auf die politische Bühne: das Militär. Unter Führung des Generals Prayuth Chan-ocha übernahm es am 22. Mai die Regierungsgeschäfte. Der Armee gelang damit zum zwölften Mal seit 1932 ein Staatsstreich – man ist fast geneigt zum erreichten Dutzend zu gratulieren.

Doch wenn es um die Traditionspflege regierender Militärs geht, ist immer noch Ägypten Spitzenreiter. Die Linie zieht sich von den ehemaligen Präsidenten des 20. Jahrhunderts Mubarak, Sadat, Nasser und Naguib über Muhammad Ali Pascha bis zum Soldatenpharao Haremhab in das 13. Jahrhundert vor Christus. Im Mai 2014 standen nun Abd al-Fattah as-Sisi Schicksalswahlen eines Generals bevor, die er für sich entscheiden konnte, nachdem auch er bereits 2013 erfolgreich einen Putsch hinlegte. Herzlichen Glückwunsch ... •• +

Juni | Irak/Syrien

Game of Thrones, Dschihad-Edition 2

6



Die nächste Pleite für al-Qaida folgte mit der »Kalifats«-gründung des ISIL Ende Juni. Spätestens seit der Einnahme Mossuls geht der Kurs für den »Islamischen Staat« gegenüber der ehemaligen Nummer 1 im Terrorbusiness steil nach oben: Mehr Geld, mehr Kämpfer, mehr Waffen, mehr Öl, mehr Einnahmen, mehr Youtube, mehr Getwitter.

Es vergingen mehrere Monate, bis sich die einstmals mächtigste Dschihad-Organisation im September mit einer Videobotschaft an ihre Anhänger wandte, um die Erweiterung der Geschäftsfelder bekannt zu geben. Doch als darin der Terror-CEO al-Zawahiri die Eröffnung der neuen Filiale in Indien feierte, waren al-Baghdadis Head-Scouts schon längst in Pakistan unterwegs – ausgerechnet im Stammland der »Basis«. Während eine Gewinnung der kampfproben pakistanischen Taliban für das Kalifat nicht unwahrscheinlich scheint, setzt al-Qaida auf die »Indischen Mudschaheddin«. Diese machten zuletzt mit auf Fahrrädern deponierten Leichtsprengsätzen auf sich aufmerksam. Es bleibt zu hoffen, dass die Baisse der »Basis« sich im neuen Jahr fortsetzt und die ganze Branche ansteckt. So oder so – Fortsetzung für 2015 ist garantiert. ••

Streitkräfte mit Luftangriffen und einer Bodenoffensive. Nachdem am 26. August schließlich eine unbefristete Waffenruhe einkehrte, hatten im Laufe der Operation nach UN-Angaben 2.101 Palästinenser, davon 493 Kinder ihr Leben verloren. Auf israelischer Seite waren 73 Tote, davon 66 Soldaten zu beklagen.

Doch die Lage brodelte weiter. In Jerusalem ist der Status des Tempelbergs weiter umstritten. Vor diesem Hintergrund wurde der rechtsorientierte Rabbi Jehuda Glick von einem mutmaßlich palästinensischen Schützen am 29. Oktober ermordet. Attacken auf Israelis durch radikale Palästinenser, die mit Messern, Autos oder Säure verübt werden, häufen sich. Auf Seite der Palästinenser wächst die Wut über das Vorgehen israelischer Sicherheitskräfte ihnen gegenüber, so wie am 10. Dezember als der palästinensische Minister für Siedlungsangelegenheiten, Ziad Abu Ein, bei einer Demonstration zu Tode kam. Die israelische Presse spricht spätestens seit dem Mord an dem Rabbi Glick von einer schleichenden Intifada. Die Frage ist, ob diese nicht schon seit der Operation »Gegossenes Blei« 2008 Einzug gehalten hat und seitdem einen Dauerzustand mit Ruhepausen darstellt. ••



Juli | Israel/Gaza

Die dritte Intifada

7

Und auch dieses Jahr kehrte keine Ruhe im Nahen Osten ein. Nach den israelischen Militäroperationen »Gegossenes Blei« (2008) und »Wolken säule« (2012) folgte am 8. Juli »Fels in der Brandung« gegen die palästinensische Terrororganisation Hamas im Gazastreifen. Zur erneuten Eskalation kam es, nachdem Jugendliche sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite ermordet worden waren. Im Lauf der Ereignisse verstärkte die Hamas zudem den Raketenbeschuss gegen Israel. Daraufhin reagierten schließlich die israelischen

August | Westafrika

Kein Eiswasser gegen Ebolafieber

8



Das Dorf Meliandou in Guinea gilt als Ausgangsort der aktuellen Ebola-Epidemie. Als »Patient Zero« verstarb bereits im Dezember 2013 der gerade einmal zwei Jahre alte Emile Ouamouno. Etwa eine Woche nach seinem

Tod erkrankten auch seine vierjährige Schwester Philomene sowie später seine schwangere Mutter und seine Großmutter. Auch sie verstarben alle an der In-

fektion. Bis August hatte sich der Virus nicht nur in weiteren Regionen Guineas und den Nachbarstaaten Sierra Leone und Liberia ausgebreitet. Er erreichte in diesem Monat auch Nigeria und Senegal. Bis Oktober folgten einzelne Fälle in den USA, Spanien und Mali. Während in Nigeria, Senegal, Spanien und USA eine weitere Ausbreitung eingedämmt werden konnte, wird die Krankheit die derzeit betroffenen Staaten Westafrikas auch 2015 noch heimsuchen.

Die Weltgesundheitsorganisation hatte Ende August eine Roadmap vorgestellt, wonach innerhalb von sechs bis neun Monaten die Epidemie gestoppt werden könne. Der geschätzte Kostenpunkt dafür: 500 Millionen US-Dollar. Das war aber nach Meinung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon nicht genug. Nur wenige Wochen später kündigte er daher die »United Nations Mission for Ebola Emergency Response« (UNMEER) an. Diese sollte mit einer Milliarde US-Dollar finanziell ausgestattet werden. Nur lässt leider generell die Zahlungsbereitschaft vieler UN-Mitglieder zu wünschen übrig. Im Oktober betrug das gesamte Budget der Vereinten Nationen 35 Millionen US-Dollar. Zum Vergleich: die »Ice Bucket Challenge« brachte vom Juli bis zum August eine Spendensumme von 41,8 Millionen US-Dollar ein. Und das für eine Krankheit, deren Namen die meisten inzwischen schon wieder vergessen haben dürften. ••

September | Afghanistan

»Viel erreicht, aber noch nicht am Ziel«

9



Das Mandat für die »Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe« endet zwar am Ende des Jahres. Doch steht eine Nachfolgemission von ISAF ab 2015 bereits fest: »Resolute Support« soll nur noch einen Beratungs- und

Ausbildungscharakter besitzen und keinen Kampfeinsatz mehr abdecken. Am 30. September hat dazu die neue afghanische Regierung unter Präsident Ashraf Ghani jeweils mit den USA und mit der Nato die beiden Vereinbarungen »Bilateral Security Agreement« (BSA) und »Status of Forces Agreement« (SOFA) unterzeichnet.

Doch hat sich die Lage in Afghanistan tatsächlich verbessert? Im Zuge des auslaufenden ISAF-Mandats verstärkten die Taliban wieder ihre Angriffe und werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch 2015 mit blutigen Anschlägen auf sich aufmerksam machen. In dem Fall wird »Resolute Support« den Mandatspassus »Sicherung, Schutz und gegebenenfalls Evakuierung und Bergung militärischer und ziviler Kräfte und Mittel« stärker in den Vordergrund stellen müssen. Eine Beteiligung an Kampfhandlungen wird also nicht auszuschließen sein. So konstatiert auch die Bundesregierung in ihrem Fortschrittsbericht zur Lage in Afghanistan im November: »Wir haben viel erreicht, aber sind noch lange nicht am Ziel«.

Das trifft ebenfalls für den Demokratieaufbau zu. Zwar verliefen die ersten freien Präsidentschaftswahlen am 5. April ohne besondere Zwischenfälle. Doch bei der danach folgenden Stichwahl zwischen den Kandidaten Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah mussten nicht nur aufgrund des Vorwurfs einer Manipulation die Stimmen zweimal ausgezählt werden. Die unabhängige Wahlkommission erklärte sogar Ghani zum Wahlsieger ohne dass ein Ergebnis der Auszählung vorlag. Der Kontrahent Abdullah konnte wiederum mit dem Posten des Premierministers versorgt werden. Es scheint, Afghanistan wird auch weiterhin eine der besten Demokratien haben, die man für Geld kaufen kann. ••

Oktober | Deutschland

Neue Heimatfronten

10



Im letzten Jahr hätten viele Menschen bei den Begriffen HOGESA und PEGIDA auf Abkürzungen für Pflanzendünger getippt. Seit diesem Herbst wissen wir, dass sich dahinter die Bewegungen »Hooligans gegen Salafisten« und »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« verbergen. Die Saat, die gegenwärtig in Großstädten wie Köln und Dresden aufgeht, gibt Anlass zur Sorge: Sind diese Hooligans »nur« unpolitische Fußballfans, die sich gerne mal prügeln oder haben sie zudem rechts-extremes Gedankengut? Geht, daran gemessen, von der Querfront der Mon-

tagsmahnwachen mehr Gefahr aus? Ist Xavier Naidoo dagegen eine größere Bedrohung, seitdem er nicht nur singt, sondern neuerdings vor »Reichsbürgern« spricht?

Dabei liegt die geschätzte Schar dieser Staatsleugner deutlich unter der Zahl der PEGIDA-Bewegung, die montags in Dresden zuletzt über 17.000 Demonstranten mobilisiert hat. In den folgenden Monaten entwickelte die Bewegung sogar Ableger in weiteren Städten, unter anderem in Bonn, Braunschweig, Düsseldorf, Kassel, Leipzig, München, Rostock und Würzburg. Auch die ideologischen Strömungen bei den patriotischen Europäern sind nicht genau klar. Aus Sicht der sich inzwischen formierenden linken Gegendemonstranten zieht hier der fremdenfeindliche Nazi-Pöbel durch die Straßen. Dagegen besteht PEGIDA für den CDU-Chef im sächsischen Landtag, Frank Kupfer, aus »Menschen, die Sorgen haben«. Haben wir also in weiten Teilen Deutschlands einen Bevölkerungsanteil besorgter Rassisten? Wir müssen dringend miteinander reden. ••

November | Mexiko

»Ya me canse«

11 Am Ende seufzte Generalstaatsanwalt Jesus Murillo Karam »Ya me canse« (Ich bin schon müde). Auf der von ihm einberufenen Pressekonferenz am 7. November wollten die Fragen der Journalisten zu den vermissten 43 Studenten nicht enden. Er hatte doch alles erklärt: Festgenommene Mitglieder des Drogenkartells »Guerreros Unidos« hatten gestanden, sie hätten die Studenten im September getötet und verscharrt.



War der Fall damit nicht erledigt? Nicht für die Kommilitonen und die Familienangehörigen, die selbst jetzt weiterhin glauben, dass die Vermissten zwar verschleppt, aber noch am Leben sind – und die vor allem von der Regierung eine Aufklärung erwarten, inwiefern Polizei und Mafia bei diesem Verbrechen sowie in den Fällen der inzwischen über 20.000 vermissten Personen unter einer Decke stecken.

Stattdessen erhielten sie eine Müdigkeitserklärung des Generalstaatsanwalts. Doch dessen Satz einte eine entstehende Protestbewegung. Unter dem Hashtag #YaMeCanse organisierten sich in den folgenden Tagen und Wochen Familienangehörige, Studenten und Bauern, um gegen die Machenschaften des Staatsapparates mit den Narcos, den Drogenkartellen, auf die Straße zu gehen. Bisheriger Höhepunkt waren landesweite Aktionen am 20. November, dem Tag an dem 1910 Francisco Madero die Revolution gegen den damaligen Diktator Porfirio Diaz ausrief.

Da der Verbleib der Studenten weiterhin ungeklärt ist, halten auch die Proteste an, die inzwischen zu einer Staatskrise führten. Die Regierung von Präsident Peña Nieto steht nun vor der Herausforderung, die Sicherheitskräfte zu reformieren, um dortige Korruption und OK-Strukturen einzudämmen. Weitere Müdigkeitsanfälle wären da nicht hilfreich. ••

Dezember | USA

No, he can't, but yes, they do

12

Für den 44. Präsidenten der USA ist das Regieren im Jahr 2014 nicht einfacher geworden. Außenpolitisch gilt es, Wladimir Putin die Stirn zu bieten und die Terroristen des sogenannten »Islamischen Staats« zu bekämpfen. Damit sind die seit 2012 verkündete »Pivot to East Asia«-Strategie sowie das Projekt »Global Zero« zur Abschaffung weltweiter Atomwaffenarsenale ins Hintertreffen geraten. Egal was Barack Obama anfasst: Ihm haftet inzwischen das Label der »lame duck« an.



Auch innenpolitisch geraten die Dinge ins Stocken: die angekündigte Schließung Guantánamos kommt nur in kleinen Schritten voran, gegen die Gesundheitsreform und den Einwanderer-Erlass, der die Rechte illegaler Immigranten stärken soll, haben die Republikaner jeweils Klage eingereicht. Dass Obama seit den »Midterm Elections« im November auf keine Mehrheit mehr im Senat zurückgreifen kann, ist allerdings kein Novum für einen US-Präsidenten. Auch die Amtsvorgänger George W. Bush sowie Bill Clinton +

mussten unter dieser Voraussetzung ihre beiden letzten Amtsjahre bestreiten. Clinton hatte sogar mit einem Amtsenthebungsverfahren wegen Falschaussage im Zuge der Lewinsky-Affäre zu tun.

Eigentlich ist da der vom Geheimdienstausschuss des US-Senats veröffentlichte CIA-Folterreport schon fast ein Geschenk, der die Verhörmethoden im Kampf gegen den Terror unter der Bush-Regierung schildert. Mit dem Versprechen, dass derartige Verstöße gegen die Menschenrechte nie wieder vom »Land of the free and the home of the brave« ausgehen dürfen, scheint es Obama möglich zu sein das Ansehen der USA und damit auch sein eigenes zu verbessern. Doch solche Versprechen gab es schon nachdem Edward Snowden das Ausmaß der NSA-Ausspähung öffentlich machte. Anzeichen einer Änderung sind dagegen ausgeblieben. Im Gegenteil: Der Kongress stimmte Mitte Dezember einem Gesetz zu, das die Ausspähung von US-Bürgern ohne Richterbeschluss erlaubt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist laut einer Umfrage dafür, dass für die innere Sicherheit weiter gefoltert werden darf. Und wie steht es eigentlich mit der völkerrechtlich umstrittenen Praxis aus, Terrorverdächtige mittels Drohnenangriffe zu liquidieren?

Zum Ende des Jahres dann doch ein kleines Weihnachtswunder: Zu einem Zeitpunkt, als viele Zeichen auf eine Wiederkehr des Kalten Krieges deuten, beginnen die USA und Kuba Gespräche über eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Und der Vermittlungserfolg geht dabei ausgerechnet an das Oberhaupt einer Institution, der viele schon keinerlei politische Gestaltung mehr zugetraut hätten: Papst Franziskus, oberster Hirte der katholischen Kirche. Frohe Weihnachten!

Björn Hawlitschka mit Kerstin Voy und Stefan Dölling

Fotos: Münchner Sicherheitskonferenz (Januar), Thierry Ehrmann/CC BY 2.0 (Februar), kremlin.ru (März), Ravi C/Wikimedia Commons/CC BY-SA 2.0 (April), Takeaway/Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0 (Mai), Washington Post (Juni/Bildquelle), Oxfam/CC BY-NC-ND 2.0 (Juli), UN/Martine Perret (August), US Air Force/Perry Aston (September), Caruso Pinguin/flickr/CC BY-NC 2.0 (Oktober), saikofish/flickr/ CC BY-NC-SA 2.0 (November), White House/Pete Souza (Dezember und diese Seite)





Diplomat und Ingenieur

von Michael Wagner

Die Welt befindet sich im Wandel: Politische Gräben und Konflikte prägen vermehrt verschiedenste Regionen der Erde. In dieser Situation muss ein Staat wie Deutschland Verantwortung übernehmen. Es sollte einem außenpolitischen Pfad beschreiten, für den es prädestiniert ist: führend Brücken bauen – und zwar auf festem Fundament und mit stabiler Statik. Das nicht nur, weil die Bundesrepublik dazu fähig ist, sondern auch, da sie nur so ihre Werte und Interessen nachhaltig verfolgen kann.

Die Gründung eines menschenverachtenden »Kalifats« im Irak, der Konflikt um die Ukraine und die immer wieder aufflammenden Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern: Wir werden momentan mit Nachdruck daran erinnert, dass Frieden, Sicherheit und Freiheit nicht selbstverständlich sind – auch nicht für Deutschland und Europa. Vor dem Hintergrund der Gedenktage 2014 an den Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie den Fall der Berliner Mauer erhält dies eine hervorstechende Bedeutung. Nicht zuletzt deswegen, weil Deutschland damals und auch heute eine wichtige Rolle spielt. »Präsente« Nationen wie die Bundesrepublik besitzen in dieser Welt eine besondere Verantwortung – präsent, da ihr insbesondere wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke weltweit große Bedeutung zukommt. Die Frage nach der Rolle Deutschlands in der Welt ist so aktuell wie lange nicht mehr.

Vor allem, da die Welt in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich unübersichtlicher und komplexer geworden ist: Nach der starren Blockbildung im Ost-West-Konflikt lässt die Globalisierung Grenzen verschwimmen und Interdependenzen größer werden. Internationaler Terrorismus, steigende Flüchtlingszahlen oder transnationale (Cyber-) Kriminalität sind nur einige der hiermit verbundenen Herausforderungen. Der Aufstieg einiger Nationen bei gleichzeitigem Rückzug anderer verschiebt Machtverhältnisse. Der Wegfall einer hegemonialen Kraft birgt neues Konfliktpotential und erschwert die Durchsetzung internationalen Rechts. Der Weg hin zu einer multipolaren Welt ist bereitet, in der Deutschland als Einzelnation im Verhältnis zu aufstrebenden Nationen in Zukunft einen relativen, aber prägnanten Machtverlust erleiden wird.

In dieser sich rasant wandelnden Welt ist es von großer Bedeutung, dass Deutschland seiner Außenpolitik eine klare Richtung gibt. Doch welche sollte das sein? Wie sollte sich Deutschland in einer Welt positionieren, in der aus der omnipräsenten Kluft des Ost-West-Konflikts vielschichtige und komplizierte Konflikte geworden sind und neue politische Gräben rasant entstehen?

Für die deutsche Außenpolitik sind zwei Grundprinzipien von zentraler Bedeutung: Deutschland hat ein vitales Interesse an Stabilität und Frieden im internationalen Gefüge. Und es braucht Partner, um seine Interessen und Werte in einer globalisierten Welt vertreten zu können.

Erreichen kann die Bundesrepublik diese Grundsätze am besten mit einer für sie wie geschaffenen außenpolitischen Grundausrichtung – »führend Brücken bauen«. Deutschland braucht starke, gleichgesinnte Partner in stabilen Verbünden, damit Berlins Stimme auch weiterhin gehört wird und es gemeinsame Interessen durchsetzen kann. In Form von internationalen Organisationen und Regimen, bilateralen Abkommen, rechtlichen Rahmenwerken, verstetigten (informellen) Gesprächskanälen et cetera sorgen diese Verbünde für einen (regelgebundenen) Handlungsrahmen mit beständigen Kommunikationskanälen. Hierin kann Deutschland eine ausgleichende Wirkung entfalten.

Doch ist Deutschland überhaupt dazu fähig, in führender Position zu gestalten, also als Nation, die vorangeht, Vorschläge einbringt, proaktiv handelt, Gesprächskanäle öffnet, Kompromisse aufzeigt und vor allem Verantwortung übernimmt? So nachvollziehbar die Gründe für die bis dato vorherrschende außenpolitische Zurückhaltung Berlins waren, so nötig ist ein Umdenken. Drei Gründe sprechen für diese Rolle Berlins: sein Machtpotential, seine Interessen und seine historisch bedingten Fertigkeiten.

Deutschland besitzt erstens die notwendigen harten und weichen Machtressourcen, um in führender Position zu gestalten: Trotz ihrer im Vergleich eher

geringfügig ausgeprägten militärischen Machtmittel nimmt die Bundesrepublik aufgrund ihrer Größe, der wirtschaftlichen Kraft und ihrer Mittellage in Europa eine besondere Stellung ein. Dadurch konnte sie vor allem die EU in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich prägen und gestalten. Deutschland ist ein »bisschen zu groß und wirtschaftlich zu stark«, als dass es die Weltpolitik »nur von der Seitenlinie« kommentieren kann – wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier überzeugt ist. Der Einfluss Berlins in der Welt wird zudem als sehr positiv bewertet, wie eine *BBC*-Umfrage 2013 zeigte.

Brücken, die für Frieden und Sicherheit sorgen, liegen zweitens im grundlegenden Interesse Berlins. Nicht nur, da dies den unter anderem im Grundgesetz verankerten Werten der Bundesrepublik entspricht. Sondern auch, da die Einhaltung internationaler rechtlicher Standards und regelgebundenen Handelns die Stabilität im internationalen System und somit auch den Wohlstand Deutschlands erhöhen. Allein schon wirtschaftlich betrachtet sind sichere Handelswege und politisch stabile Länder für die deutsche Exportnation von zentraler Bedeu-

Deutschland braucht starke, gleichgesinnte Partner in stabilen Verbünden, damit Berlins Stimme auch weiterhin gehört werden kann.

tung. Wer also die Frage stellt, warum sich Deutschland an internationalen Einsätzen im Kosovo, am Horn von Afrika oder jüngst im Irak beteiligt – und damit ist nicht zwingend militärisches Eingreifen oder »boots on the ground« gemeint –, hat diese globalisierte Welt im Wandel nicht verstanden. Wenn Berlin nicht die Position eines führenden Gestalters im internationalen System einnimmt, werden andere diese Rolle übernehmen – ob dies den deutschen Interessen entspricht, ist fraglich.

International Brücken zu bauen bedeutet drittens aber vor allem auch, mit den filigranen Werkzeugen der Diplomatie, zwei oder mehr gegenüberliegende Seiten zueinander zu bringen. Die hierfür notwendigen Fertigkeiten hat sich Deutschland über die letzten 60 Jahre hinweg in besonderer Weise angeeignet: ausgleichend wirken, Gesprächskanäle öffnen, Kompromisse aufzeigen und mul-

tilateral agieren. Die Rolle eines Vermittlers ist eine – historisch bedingte – Stärke der Außenpolitik der Bundesrepublik. Ein entscheidender Punkt für eine Rolle als führender Brückenbauer.

Die Gretchenfrage ist also nicht, *ob* sich Deutschland stärker engagieren sollte, sondern *wie* es die genannte Rolle ausüben kann. Nachhaltige außenpolitische Brücken lassen sich nur auf festem Fundament und mit stabiler Statik errichten. Dies ist strategische Grundausrichtung und Handlungsrahmen zugleich. Denn was wären diese Brückenschläge wert, wenn Sie beim kleinsten (politischen) Sturm ins Wanken gerieten und einstürzten?

Außenpolitische Fundamente bestehen aus klar definierten Werten, Interessen und Strategien. Sie sorgen für Berechenbarkeit und Stabilität in den auswärtigen Beziehungen und schaffen Vertrauen – nicht zuletzt indem sie die Grenzen für das Handeln anderer wie auch der eigenen Nation aufzeigen. Auch vor dem Hintergrund der Geschichte Deutschlands besitzen sie große Bedeutung, mithin aufgrund einer immer wieder aufkommenden »Deutschen Frage« – also der Angst vor deutscher Machtpolitik wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kombiniert mit der Frage nach Verträglichkeit und Akzeptanz der deutschen Größe in Europa.

Eine stabile Statik beschreibt feste Verbünde in den institutionellen Strukturen im internationalen System. Nur wenn diese so ausgestaltet sind, dass sie Krisen

Das seit der Gründung der Bundesrepublik vorherrschende außenpolitisch-strategische Credo hat nicht an Bedeutung verloren.

standhalten, erfüllen sie ihren Zweck – sei es, dass Gesprächskanäle offen bleiben oder Handlungsfähigkeit gewahrt bleibt. Diese Verbünde zu gestalten, zu erschaffen und zu erneuern, muss die oberste Prämisse deutscher Außenpolitik sein.

Dabei muss die deutsche Außenpolitik keineswegs vollständig neu gedacht werden, wie man in der neueren Debatte gelegentlich den Eindruck bekommt. Denn das seit der Gründung der Bundesrepublik vorherrschende außenpolitisch-strategische Credo »never alone, politics before force, never again« hat nicht an Bedeutung verloren. Kombiniert mit dem Ziel der Übernahme von mehr Füh-

rungsverantwortung sollte es jedoch ergänzt werden: Führen für gemeinsame Ziele, führen mit Anderen und mit Rücksicht auf Andere – um es mit den Worten der Think Tanks German Marshall Fund und Stiftung Wissenschaft und Politik von 2013 auszudrücken.

Never alone: Ein relativ gesehen kleines Land wie Deutschland braucht vor allem in Zukunft die Kooperation mit anderen Ländern, um mehr Gewicht in der Welt zu besitzen. Die Bundesrepublik ist seit jeher ein Teamplayer und das sollte sie auch in Zukunft in führender Position sein – vor allem die europäische Zusammenarbeit ist von größter Bedeutung für Deutschland. Zusammen lassen sich Machtressourcen bündeln und potenzieren.

Politics before force: Die Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik sind vielfältig und militärische Mittel oftmals nicht zielführend. Oberste Priorität muss die Vorbeugung von Krisen haben – beispielsweise durch eine zielgerichtete Entwicklungspolitik, vertrauensbildende Maßnahmen oder den Einsatz von Soft Power, wie auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Die Bundesrepublik genießt in vielen Teilen der Welt hohes Ansehen. In Konflikten sollte es ihr vorrangiger Anspruch sein, wenn möglich als Mittler zur Lösung dieser herangezogen zu werden.

Never again: »Zu den Waffen zu greifen« ist manchmal notwendig, um schlimmeres zu verhindern, wie kürzlich auch Bundespräsident Joachim Gauck konstatierte. Der frühere Außenminister Joschka Fischer wusste dies schon bei der umstrittenen Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Krieg 1999. Deutschland muss die Fähigkeiten besitzen, um unter Achtung des Völkerrechts und gemeinsam mit seinen Partnern militärisch vorgehen zu können – wenn auch nur als Ultima Ratio. Deutschland darf niemals wieder selbst als Aggressor auftreten. Aber die Bundesrepublik muss bereit dafür sein, sich für Stabilität, unsere Werte und den Frieden in Europa und darüber hinaus notfalls auch mit militärischen Mitteln einzusetzen. Denn wir tragen Verantwortung für unser Handeln wie für unser Nicht-Handeln, wie kürzlich Außenminister Steinmeier feststellte.

Eine stabile Statik ist wie bereits beschrieben eine Grundvoraussetzung für nachhaltige außenpolitische Brücken. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass diese Strukturen unflexibel, unveränderbar oder übermäßig kompliziert gebaut sein sollten. Ganz im Gegenteil: In einer sich rasant wandelnden Welt muss eine gesunde Balance gefunden werden – zwischen nachhaltigem Vertrauen in die Verbünde einerseits und der Möglichkeit zur Anpassung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen andererseits.

Das »Brückensystem« EU ist die zentrale außenpolitische Handlungsebene seitdem die Bundesrepublik die Römischen Verträge unterzeichnet hat. Die Union ist aufgrund ihrer bereits vorhandenen strukturellen Ausgestaltung und der Mit- +

gliedschaft von 28 Nationen, die weitestgehend die gleichen Werte teilen, die bestmögliche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Dieses System weiterentwickeln, muss das oberste Ziel deutscher Außenpolitik bleiben – ohne dabei andere strategische Partnerschaften oder die Weiterentwicklung anderer internationaler Organisationen und des Völkerrechts außer Acht zu lassen. Berlin muss in der EU ein zuverlässiges Tragwerk sein und Führung für gemeinsame Ziele, mit Anderen und mit Rücksicht auf Andere übernehmen.

Die deutsche Partnerschaft mit Frankreich ist ein tragendes Element in der EU und bedarf besonderer Aufmerksamkeit und Pflege. Doch auch andere Kooperationen sollten intensiviert werden, um auf Grundlage eines möglichst breiten Konsenses agieren zu können. Ein Beispiel hierfür ist das Weimarer Dreieck,

Das »Brückensystem« Europäische Union ist die zentrale außenpolitische Handlungsebene, selbst wenn sie noch Schwächen aufweist.

also das informelle außenpolitische Gesprächs- und Konsultationsforum zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, als Brücke zwischen Ost und West.

Zu einer führenden Rolle gehört jedoch auch, der Realität ins Auge zu sehen. Die EU weist aktuell deutliche Schwächen auf. Wie kann das unvollendete Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion, das eine Mitschuld an der Krise trägt, in der sich die EU aktuell ökonomisch befindet, zukunftsfest gemacht werden? Wie ist es möglich, die »europäische Außenpolitik«, und das »Sprechen mit einer Stimme«, so zu gestalten, das sie diese Bezeichnung verdient? Welcher Weg soll beschritten werden, um der herausfordernden Außenpolitik Russlands entgegenzutreten? Wie viele Flüchtlinge sollte und kann die EU aufnehmen? Welche Möglichkeit besteht, vor allem Energieressourcen zu diversifizieren? Damit sind nur einige der Baustellen genannt, denen sich die Union annehmen muss, wenn sie eine Rolle spielen will, in der sie ernst genommen wird. Das Brückenprojekt EU braucht eine ehrliche, kritische und sachliche Diskussion über Ziele, Möglichkeiten und Visionen für seine weitere Ausgestaltung.

Wichtig ist es jetzt für die Bundesrepublik, die deutsche Gesellschaft in diese Diskussion mit einzubeziehen. Die Diskursheftigkeit darf nicht destruktiven Kräften

überlassen werden, die die Errungenschaften der EU zunichtemachen wollen. Die populistischen und der Wahrheit nicht gerecht werdenden Parolen mancher ökonomisch orientierter Massenmedien, nationalistischer Politiker und Parteien dürfen nicht die lautesten Stimmen im europäischen Chor sein. Die EU muss sich nicht verstecken – und so wenig darf es Deutschland!

Vor einhundert Jahren kapitulierte die Diplomatie vor Nationalismus und militärischem Eifer. Das Gedenkjahr 2014 erinnert uns daran: Deutschland trägt eine große internationale Verantwortung, vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen im internationalen System. Wenn es führend Brücken baut, beschreitet es einen nachhaltigen Weg – zumindest dann, wenn sie auf festem Fundament und mit stabiler Statik gebaut werden. ...

Michael Wagner absolviert gegenwärtig einen Master an der Universität Potsdam. Zudem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

Quellen und Links:

[Interview der Deutschen Welle mit Bundespräsident Joachim Gauck vom 23. Mai 2014](#)

[Rede von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Konferenz »Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken« am 20. Mai 2014](#)

[Studie »Neue Macht, Neue Verantwortung« des German Marshall Fund und der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Oktober 2013](#)

[Umfrage und Bericht der BBC vom 23. Mai 2013](#)



Freitagabend im Zug auf dem Weg zurück nach Hause. Vor mir auf dem Tisch ein Schreibblock mit dem »Review 2014-Logo« des Auswärtigen Amtes und ein dazugehöriger Kugelschreiber. Draußen ziehen die Häuser und Regierungsgebäude der Hauptstadt vorbei. Dieser zweite Tag meiner Berlin-Reise hatte mit einem fantastischen Frühstücksbuffet im Hotel mit Blick auf das deutsche Außenministerium begonnen. Wir sechs Gewinner des »Review 2014«-Essaywettbewerbs genossen die gelassene Atmosphäre des Speisesaals, bis dieser fürs Mittagessen vorbereitet wurde. Nach dem chaotischen Tag im Ministerium und beim »Facebook-Berlin-Talk«, war es die erste Gelegenheit, vernünftig miteinander ins Gespräch zu kommen.

Mitunter jedoch auch weniger vernünftig. Ich geriet mit einer der Gewinnerinnen über die Ereignisse des Vortages in Streit. Bedenklich dabei war, dass wir zu keinem Ergebnis kamen und ich teilweise erschreckend undiplomatischem Verhalten begegnete. »Mich hat überrascht, dass der Steinmeier es so kategorisch ausgeschlossen hat, mit dem IS zu reden«. Mit dieser Äußerung erntete ich augenblicklich so viel Widerstand, dass ein klärendes Gespräch darüber, warum der Außenminister mich mit seiner Aussage vom Vortag so überrascht hatte, gar nicht mehr stattfinden konnte. Wenn wir aber so unterschiedlicher Meinung waren, warum war uns das nicht schon am Tage vorher bei der »Review«-Veranstaltung aufgefallen?

Die Review der Review von Livianne Smukalla

Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken: Unter diesem Namen will das Auswärtige Amt die Frage »Was ist falsch an deutscher Außenpolitik?« mit der deutschen Bevölkerung offen diskutieren. Die eigens hierfür eingerichtete Webseite bietet Beiträge verschiedener Experten, weist auf Diskussionsveranstaltungen zum Thema hin und fordert insbesondere junge Menschen zur aktiven Mitwirkung auf – unter anderem im Rahmen eines Essaywettbewerbes. Von einer hochkarätigen Jury wurden zehn Texte ausgewählt und daraufhin zur finalen öffentlichen Abstimmung via Facebook und Twitter online gestellt. Die sechs Autorinnen und Autoren der fünf Texte mit den meisten Stimmen wurden schließlich nach Berlin zu einem persönlichen Treffen und einem öffentlichen »Facebook-Berlin-Talk« mit Außenminister Steinmeier eingeladen, um dort gemeinsam über deutsche Außenpolitik zu diskutieren. Von dieser Begegnung handelt der folgende Beitrag.

Wenn ich jetzt an den Austragungsort des »Facebook-Berlin-Talks« am Vortag zurück denke, an den überfüllten Raum mit den weißen Sofawürfeln in einer Coffeebar in downtown-Berlin, bei deren Betreten uns lautstarke Reggae-Musik entgegen tönte, wird die Sache klarer. Wir waren spät dran, aber nicht annähernd so spät wie der Außenminister. Letzteres schien besonders den Moderator in Anzug und Chucks zu nerven. Nachdem er das Publikum mit Übungseinlagen darauf getrimmt hatte, spätere Fragen an den Minister bloß auf »typisch Berlin« zu stellen, nämlich »kurz und knackig«, fiel ihm keine weitere Unterhaltung mehr ein und er verlangte erneut nach Bob Marley.

Sobald Herr Steinmeier eingetroffen war und, mit Blick zu uns und dem übrigen jungen Publikum, neben dem Moderator in höchst unpraktischen Sesseln vor einem Halbkreis unbekannter und die gesamte Stunde hindurch regungslos bleibender jun- +

ger Menschen Platz genommen hatte, wurden uns von allen Seiten die Kameras herumrobbender Männer in knall-blauen Facebook-T-Shirts ins Gesicht und vor die Nase gehalten. Die Raumtemperatur stieg mit jeder Minute um gefühlte fünf Grad.

Inhaltlich geriet die Veranstaltung angesichts der schwammigen Antworten des Außenministers auf die Fragen des Publikums allerdings wenig spektakulär. Lediglich zwei Äußerungen sind mir im Gedächtnis geblieben: Zum einen, dass Russland geopolitische, Deutschland hingegen werteorientierte außenpolitische Interessen habe. Und zum anderen der Satz, der am folgenden Tag beim Frühstück zu so heftigen Reaktionen führen sollte: »Mit dem IS kann man nicht reden!«. Ich erlebte diesen Ausruf des Ministers als polemisch – ein Eindruck, der durch die Reaktion des Publikums noch verstärkt wurde: Einige standen johlend und klatschend auf.

Wenn die Politik agiert, wie es die »Diskussionsrunde« in Berlin demonstriert hat, dann scheitert sie.

Kann man aber einfach von »dem IS« reden? Oder die außenpolitische Motivationslage der Welt kurzerhand in geopolitische und anderweitige Interessen aufteilen? Nein. Vielleicht kann man sogar sagen: leider nein. Fakt ist, es bleibt bei einem Nein. Denn »Der IS« vereint derzeit zahlreiche Akteure, deren Motive äußerst unterschiedlich und vielschichtig sind. Was bedeutet es aber eigentlich ganz praktisch für die friedensorientierte deutsche Außenpolitik, wenn man »reden« kategorisch ausschließt? Und alle Staaten dieser Welt haben – und dazu zählt auch Deutschland – neben anderen auch immer geopolitische Interessen. Durch Verallgemeinerungen und Wunschvorstellungen schränken wir unsere Handlungsspielräume ein, weil wir uns in eine Sphäre aus schwarz und weiß begeben. Ist es das, was uns die Politik durch Veranstaltungen wie diese vermitteln will?

Wohl auch aufgrund der Atmosphäre in der Coffeebar, konnte ich mein Unbehagen während und auch noch nach der Veranstaltung nicht genau erklären oder in Worte fassen. Deshalb sah ich mich auch erst am nächsten Morgen in eine inhaltliche Debatte verwickelt. Aber es ging mir nicht nur um den Inhalt von Herr Steinmeiers Aussage. Was mich vor allem erschreckte, war die scheinbare Leichtfertigkeit, mit der er die Äußerung in den Raum getragen hatte und mit der sie auch vom Publikum aufgenommen wurde. Die grenzübergreifende Situation im Irak und seinen Nachbarregionen ist so schrecklich undurchsichtig und

kompliziert, dass eigentlich niemand genau weiß, wie damit umgegangen werden kann und soll. Wie die letzten Wochen und Monate zeigen, weiß das auch Herr Steinmeier letztlich nicht. Was mich enttäuschte, ist, dass dieser Umstand während des Tages in Berlin zu keinem Zeitpunkt zur Sprache kam. Stattdessen wurde er erfolgreich umschifft oder es wurde mit unklaren Floskeln suggeriert, dass die Politik bereits wisse, wie sich Deutschland zu positionieren habe.

Wenn die »Review 2014« Vorschläge aus der Bevölkerung aufnehmen will, um die deutsche Außenpolitik zu »verbessern«, hätte Herr Steinmeier dann nicht vielleicht beim »Facebook-Berlin-Talk« das Publikum fragen sollen, was er ihrer Meinung nach tun solle? Was unserer Ansicht nach richtig wäre? Mit Sicherheit wären dabei einige unrealistische, möglicherweise sogar unannehmbare Vorschläge gemacht worden. Aber eine Diskussion darüber wäre für alle Beteiligten von erheblichem Mehrwert gewesen und dem ursprünglichen Ziel der Veranstaltung um einiges näher gekommen. Schließlich sollten Politik und öffentliche Meinung ja in Austausch treten. Wenn in der öffentlichen Meinung verzerrte Wahrnehmungen vorherrschen, was gerade bei komplexen außenpolitischen Themen häufiger der Fall ist, müssen gerade diese im Dialog mit der Öffentlichkeit thematisiert und reflektiert werden. Wenn die Politik jedoch agiert, wie es die »Diskussionsrunde« in Berlin demonstriert hat, dann scheitert sie.

Der Besuch im Außenministerium und die persönliche Begegnung mit dem derzeit höchsten Außenpolitiker Deutschlands waren ernüchternd und haben bei mir den Wunsch nach mehr Realismus im Umgang zwischen Politik und Bevölkerung verstärkt. Erstere sollte den Schritt zu mehr Ehrlichkeit wagen, Letztere sollte den Dialog durch Offenheit ermöglichen und die Medien sollten diesen differenzierter und weniger polemisch moderieren und begleiten.

Die »Review 2014« ist an sich ein gutes Konzept für neue Wege des Austauschs zwischen Politik und Öffentlichkeit und die Chancen, die die Veranstalter uns Essayisten und dem Publikum des »Facebook-Berlin-Talks« geben wollten, waren sicherlich gut gemeint. Leider zeigte die Umsetzung aber nur allzu deutlich die bestehenden Defizite im Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit auf. Neue Wege sind immer eine Herausforderung, die meistens nicht auf Anhieb gelingen. Umso wichtiger ist es, dass der dafür nötige Mut in Zukunft bis zum Schluss aufgebracht wird. ...

Liviane Smukalla *belegt derzeit den M.A.-Studiengang Internationale Studien/ Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main.*

[Link: Website der »Review 2014«](#)



Die Ukraine-Krise ist die größte außen- und sicherheitspolitische Krise in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges. Für die Polarisierung der deutschen Ukraine-Debatte war das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Konzepte internationaler Ordnung grundlegend. Dabei lassen sich zwei Pole ausmachen.

Erstens eine Argumentationslinie, die am normativen Ordnungsmodell nach innen und außen souveräner Nationalstaaten orientiert ist: In dieser wird Russland als Aggressor betrachtet, der mit einer illegitimen Annexion der Krim und der mutmaßlichen Unterstützung von Separatisten durch russische Militärs internationale Normen breche.

Zweitens eine im weiteren Sinne »geostrategische« Argumentationslinie: Vor allem den USA, der Nato, der EU und Russland werden Akteursqualitäten gegenüber der Ukraine zugeschrieben. Die aktuelle Krise gilt als Ergebnis einer Schieflage in der europäischen Sicherheitsarchitektur nach 1991, in der seitens »des« Westens auf die Bedürfnisse Russlands nicht hinreichend Rücksicht genommen worden sei.

Besonders unter Anhängern der zweiten Argumentationslinie gilt die massenmediale Berichterstattung als tendenziös. Mehr noch ist die Formierung einer Gegenöffentlichkeit zu beobachten, die quer zu den politischen Lagern steht

Foto: Andreas Wecker/CC BY-NC-ND 2.0

»Hände weg von der Ukraine« von Andreas Plöger

Im Fahrwasser der Ukraine-Krise formiert sich eine neue Gegenöffentlichkeit. Beispiellos vernetzen sich Anhänger unterschiedlichster politischer Strömungen: Enttäuschte Sozialdemokraten, Rechtspopulisten, Medienkritiker, aber auch »Truther« und Verschwörungstheoretiker. In ihren Augen sind Medien wie Politik gleichgeschaltet. »Kritische« Ideen und Debatten fänden im »Mainstream« kein Forum mehr. Eine Analyse

und sich über verschiedene Internetplattformen organisiert. Gemeinsame Bezugspunkte sind Eliten-, Medien- und Amerikakritik.

Im April veröffentlichte beispielsweise der NPD-Bundesvorstand »Drei Grundgedanken zur Ukraine-Krise«. Dabei stand Carl Schmitts Konzept einer »Völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte« von 1941 Pate. Mit diesem wurde die russische Ukraine-Politik einer globalen aggressiven amerikanischen Interventionspolitik gegenübergestellt und relativiert. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament plakatierte die DKP »Hände Weg von der UKRAINE!«. Zu sehen waren die Umrisse des ukrainischen Staates und zweier Hände, die mit der amerikanischen respektive europäischen Fahne versehen waren. Jeglicher Hinweis auf Russland fehlte. Die Klein- +

partei Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) versuchte mit Informationsständen auf eine in ihren Augen aggressive, verlogene Nato-Politik gegenüber Russland hinzuweisen und Unterschriften zu sammeln. Videos wie »Krim-Krimi und die wahren Hintergründe« des in verschwörungstheoretischen Kreisen beliebten Moderators Ken Jebsen erreichten über 600.000 Abrufe.

Versucht man den gemeinsamen Nenner der gegen die vorgeblichen Mainstream-Medien antretenden Gegenerzählungen zu finden, ergibt sich folgendes Bild: Tatsächlich sei Russland von einer aggressiven Einkreisungspolitik der USA bedroht, die von Brüssel mitgetragen würde. EU und Nato hätten mit den Osterweiterungen bewusst gegen vermeintlich bestehende (jedoch völkervertragsrechtlich nicht existente) Abmachungen verstoßen. Washington habe zudem kein moralisches Recht, die Politik Moskaus zu kritisieren, wobei die Intervention im Kosovo 1998 und den Einmarsch im Irak 2003 angerechnet wird. Zudem würde der Westen eine von Rechtsradikalen gestützte ukrainische Regierung tragen und abermals zeigen, dass Demokratie und Menschenrechte nur zur Verschleierung der Interessen »des Kapitals« dienten. Verbunden damit ist in der Regel eine fundamentale Medienkritik. Die westlichen Bevölkerungen seien Opfer konsequenter Desinformations-Kampagnen einer gleichgeschalteten beziehungsweise gelenkten Presse. Die Zügel lägen fest in der Hand einer abgeschotteten, transatlantischen Elite. Deren »Propaganda« wird ein Anspruch auf »reine Wahrheit«, der manipulierten wie manipulierenden »veröffentlichten« wird die eigentliche, freie und kritische »öffentliche Meinung« entgegengestellt.

Doch wird diese Deutung nicht nur von Obskurantisten, Verschwörungstheoretikern, Links- oder Rechtsradikalen formuliert. Strukturell vergleichbare Aussagen fanden sich auch in der Kabarett-Sendung »Die Anstalt« (ZDF) vom 29. April 2014. Nach einer Kritik expansionistischer Nato-Politik prangerte Moderator Claus von Wagner eine einseitig pro-amerikanische Grundhaltung der deutschen Presse im Ukraine-Konflikt an. Belegt wurde dies mit Mitgliedschaften bedeutender Journalisten und Herausgeber in »transatlantischen Swingerclubs« (Max Utthoff) der USA, Nato und Rüstungsindustrie. Gemeint waren überwiegend nicht-staatliche Institute und Think Tanks wie die Atlantik-Brücke, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) oder die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Grundlage für ein dort erstelltes Schaubild waren dabei

die Netzwerkanalysen aus Uwe Krügers Dissertation »Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten«. Der *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe fand diese Lektüre »keine gute Wissenschaft« und reagierte mit einem Unterlassungsantrag an das ZDF. Anders Udo Ulfkotte: sein 2014 erschienenes Buch »Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken« bezieht sich eindeutig auf Krügers Analysen. Veröffentlicht hat das Werk wiederum der KOPP-Verlag, der in seinen Publikationen und seinem Online-Portal ebenfalls mit dem gleichen Duktus »geostrategischer« Erzählungen aufwartet. Auch dort erscheint die Nato als eigenständige, aus sich heraus expandierende US-Organisation, die den post-sowjetischen Sicherheitsgürtel Russlands penetriere. Gleichzeitig wird vielen Fäl-

Nicht nur Obskurantisten, Verschwörungstheoretiker, Links- oder Rechtsradikale werfen den Medien Propaganda vor.

len eine (erneute) Unsichtbarmachung der ost- und mitteleuropäischen Staatenwelt vollzogen. Ost- und Mitteleuropa werden auf einen Einfluss- und Expansionsbereich, eine Projektionsfläche mal berechtigter, mal unberechtigter hegemonialer Ansprüche Russlands oder des »Westens« reduziert. Um ein neues Phänomen handelt es sich nicht. Viel mehr fußen diese Zuweisungen erstens auf Traditionen kollektiver Vorstellungen vom europäischen »Osten« und zweitens der Idee, die Welt sei in Einflusszonen von Großmächten eingeteilt.

Wichtiger ist jedoch die in ihrer Vehemenz beispiellose Medienkritik. Eine Premiere ist diese Kritik vor allem durch die technologischen Möglichkeiten der Social-Media-Angebote des Internets: das Bereitstellen, Teilen, und Kommentieren von Inhalten, aber auch die plattformübergreifende Verknüpfung unterschiedlichster Anwendungen. Die Meme-Kultur kommt auch hier zum Tragen, +

baut jedoch nicht nur Brücken zwischen politischen Lagern, sondern bindet auch Truthter und Verschwörungstheoretiker in die Netzwerke ein. Jene Verknüpfungslogiken unterlaufen so die (rare) inhaltlichen Abgrenzungsversuche zwischen einzelnen Gruppen, verwischen die Grenzen zwischen fundierter Kritik und scheinkompatiblen verschwörungstheoretischen Erklärungsmodellen.

Der Begriff Gegenöffentlichkeit für diese heterogene Sammlung von Netzkaktivisten ist keine Fremdbeschreibung. Das sich als alternativ ansehende Informationsportal *NachDenkSeiten* sieht die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit gar als programmatischen Auftrag. Grundlage dafür ist der Vorwurf an die Massenmedien, zu wenig bis keine verlässlichen Informationen bereitzustellen. Jegliche den Kreml kritisierenden Artikel stehen unter dem Verdacht der absichtsvollen Missinformation. Einer ähnlichen Mission hat sich der Watchblog *Propaganda-schau* verschrieben. Dieses »niemals vollständige Logbuch deutscher Medienpropaganda« dient in der Gegenöffentlichkeit vielen als Referenzseite, für die tägliche Aufdeckung einer gezielten Desinformationskampagne der Mainstreammedien. Ebenfalls mit von der Partie, allerdings eher am rechten Rand zu verorten, ist der bereits erwähnte KOPP-Verlag mit einem bunten Angebot an Rechtseoterik und Verschwörungstheorien.

Die *NachDenkSeiten* stehen wiederum eher am linken Flügel als Auffangbecken für unzufriedene Sozialdemokraten, bieten aber gleichzeitig auch Figuren

Inhaltliche Bezüge der Kritiker sind Antiamerikanismus, Ablehnung der EU und Antikapitalismus.

wie Ken Jebsen ein Forum. Das Webportal des Vereins »Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien« wird aktuell vom Ukraine-Konflikt und Diskussionen über Lenkung und Manipulation von Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen dominiert. Überhaupt wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk oft zum »Staatsfernsehen« verklärt, dessen Inhalte wahl-

weise von Berlin, Brüssel, Washington, der NSA, den Bilderbergern oder einem Militärisch-Industriellen Komplex kontrolliert werden.

Inhaltliche Bezüge der Kritiker bilden verschiedene Spielarten des Antiamerikanismus, Skepsis bis Ablehnung gegenüber der EU – gelegentlich im Schlagwort »EUSA« zusammengeführt – und Antikapitalismus (beziehungsweise Anti-Neoliberalismus). Mit dem Verweis auf eine aus verschiedenen Gründen diskreditierte Supermacht USA wird die aktuelle Form der Westbindung der Bundesrepublik in Frage gestellt und eine außen- und sicherheitspolitische Willfähigkeit Berlins gegenüber Washington, »amerikanischem Kapital« oder Brüssel behauptet. Manche Stimmen beteuern gar, der Westen würde einen Krieg vorbereiten. Solche Positionen sind für die unterschiedlichsten Gruppierungen anschlussfähig. Zu finden sind diese etwa bei dem Herausgeber der *NachDenkSeiten* und früherem Planungschef im Kanzleramt in der Regierung Brandt, Albrecht Müller, der regelmäßig in der Rubrik »Strategien der Meinungsmache« Artikel wie »Der Weltpolizist – aggressiv und verlogen« (6. Oktober 2014) oder »Abgekartetes Spiel um die Ostukraine, Tote inklusive« (2. Juni 2014) publiziert. Das (rechts)populistische Magazin *Compact. Zeitschrift für Souveränität* legte im Juni 2014 »Wladimir Putin: Reden an die Deutschen« auf. Putin gilt *Compact* als Lichtgestalt, die sich dem Werterelativismus und kulturellen Identitätsverlust des Westens und der Führungsmacht USA mit einer Politik der Stärke entgegenstelle.

In den Foren und Kommentarspalten trat eine solche Polarisierung verstärkt seit dem Frühling diesen Jahres auf – im Nachgang zu den Ereignissen auf der Krim beziehungsweise parallel zum sich entwickelnden Krieg in der Ostukraine. Viele Onlineportale deutscher Medien deaktivieren mittlerweile ihre Kommentarfunktionen unter besonders »heiklen« Artikeln. Für die Gegenöffentlichkeit ein Beweis für »Zensur«. Die Redaktionen verweisen hingegen auf einen zu hohen Betreuungsaufwand angesichts strafrechtlich relevanter Beiträge, darunter auch wüste Morddrohungen, und eine von Beleidigungen und Anfeindungen geprägten Kommentar(un)kultur.

Festzuhalten ist, dass sich eine wachsende Anzahl von Bürgern dem genannten Spektrum öffnet und das Vertrauen in den von Medien und Politik vertretenen »Mainstream« zu verlieren scheint. Die Ukraine-Krise bietet durch ihre Dauerhaftigkeit einen Katalysator für Entwicklungen, die zuvor schon eingesetzt haben. Mit Sicherheit spielt die Selbstinszenierung der russischen Regierung +

über die verschiedenen Kanäle von *Russia Today* hin zu bezahlten Spin-Doctoren eine Rolle. Alleinerklärend ist dies jedoch keineswegs.

Zu fragen ist, ob die zwar stattfindende, aber gemeinhin wenig sichtbare Selbstreflexion in den kritisierten Medien symbolpolitisch ausreicht, um den verschiedenen Strategien der Delegetimierung seitens der »kritischen Alternativen« wirksam entgegen zu treten. Zudem tut sich ein Dilemma auf: Ignorieren Medien die Positionen der Gegenöffentlichkeit werden diese aus deren Sicht »totgeschwiegen«. Setzen sie sich dagegen mit ihnen auseinander, liegt ein klarer Fall von »Propaganda« vor. Aus dieser Perspektive ist diese Gegenöffentlichkeit ein selbstverstärkendes Funktionssystem, das jegliche Reaktion auf die eigene Position als Bestätigung des eigenen Wahrheitsanspruchs auffasst. Umgangssprachlich: ein Teufelskreis *made in Germany*, der an die US-amerikanische »Truther«-Bewegung im Nachklang des 11. September erinnert. Insbesondere durch ihren technologischen Rahmen stellen diese Phänomene ein Novum in den politischen Kulturen des 21. Jahrhunderts dar, eine neuartige politische wie zivilgesellschaftliche Herausforderung. ...

Andreas Plöger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. B.A. Geschichte und Politikwissenschaft, M.A. Neueste Geschichte.

Quellen und Links:

[Erklärung des Parteivorstands der NPD »Drei Grundgedanken zur Ukraine-Krise« vom 07.04.2014](#)

[Webpräsenz der NachDenkSeiten](#)

[Webpräsenz von Propagandauschau. Ein niemals vollständiges Logbuch deutscher Medienpropaganda](#)



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »**STRATEGIC COMMUNITY**« eingebunden werden!
Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

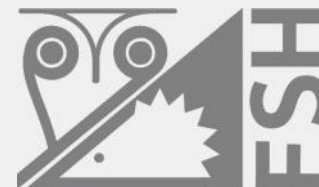
Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDES SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

**Engagieren auch Sie sich für
die Sicherheitspolitik von Morgen!
Im FSH.**

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Deutschland
Land der Ideen
Ausgewählter Ort 2008



Die Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands durch den »IS« liegt vor allem an der sogenannten Rückkehrer-Problematik: deutsche Dschihadisten, die sich im Ausland dem Kampf des IS anschließen und anschließend zurückkehren. Aktuell spricht der Verfassungsschutz von über 450 Ausreisen und 150 Rückkehrern, wobei ein Zuwachs weiterhin anzunehmen ist. Nach Recherchen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenminister sind 84 Prozent der Ausgereisten Salafisten und folgen damit einer extrem konservativen Auslegung des Korans. Diese Strömung des Islamismus bereitet den deutschen Sicherheitsbehörden die größten Sorgen. Denn wie das Bundesamt für Verfassungsschutz feststellte, waren alle gewaltbereiten deutschen Islamisten bisher fast ausnahmslos in salafistischen Strukturen vernetzt. Der Salafismus gilt daher als die radikalste und potentiell gefährlichste islamistische Ideologie in Deutschland. Vor allem junge Menschen fühlen sich von der Denkschule angesprochen, wobei jeder Weg in den »Dschihadismus« individuelle Züge aufweist. Meist werden Anhänger durch das Internet geworben. Propagandavideos geben nicht nur die salafistische Lehre wieder, sondern ködern auch durch gewaltverherrlichende Inhalte Aspiranten für den Dschihad. Darüber hinaus dienen Social Media-Angebote als Kommunikationsplattformen der Salafisten, um sich überörtlich zu vernetzen und zu or-

Passkontrolle am Flughafen Frankfurt am Main Foto: Fraport AG Fototeam/Stefan Rebscher

Rückkehr der Dschihad-Ritter von Rohan Sinha

Den Erkenntnissen von Sicherheitsbehörden nach haben sich auch in Deutschland Salafisten dem »Islamischen Staat« als Brüder im Geiste angeschlossen. Wie soll der Staat mit einer von ihnen ausgehenden terroristischen Bedrohung umgehen? Sollen Dschihad-Touristen ausreisen dürfen oder festgehalten werden? Brauchen Ermittlungsbehörden einen anderen Gesetzesraum oder mehr Personal? Eine juristische Diskussion

ganisieren. Aber auch das persönliche Umfeld trägt durch Kontakte zu bestimmten Cliquen oder Akteuren, die in Moscheen auftreten, zur Radikalisierung bei. Weiterhin machten Salafisten durch kostenlose Koranverteilungen auf deutschen Marktplätzen in der Vergangenheit auf sich aufmerksam und suchten dabei öffentlich neue Kontakte.

Doch wer ist besonders gefährdet salafistischen Lehren anheim zu fallen? Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz charakterisiert die salafistischen Anhänger mit vier »M«: männlich, muslimisch, Migrationshintergrund, Misserfolg. Sein Bundesamt analysierte im Auftrag der Innenministerkonferenz die Lebensläufe von knapp 400 ausgereisten Dschihadisten. Nur jeder Vierte hatte einen Schulabschluss, sechs Prozent eine abgeschlossene +

Ausbildung. Zwölf Prozent hatten einen Job, meist im Niedriglohnsektor. Heranwachsenden, die sich in Deutschland ungerecht behandelt fühlen und von persönlichen Enttäuschungen geprägt sind, bietet der Salafismus ein neues Identitäts- und Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Szene. Waren es im Jahr 2012 circa 4.500 Personen, die der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht dem salafistischen Spektrum zuordnete, sind es heute über 6.300. Bis zum Jahresende könnten es leicht 7000 sein, befürchtet Maaßen. Das salafistische Gedankengut bildet einen Nährboden für eine islamistische Radikalisierung und schließlich Rekrutierung für den militanten Dschihad. Ein Sicherheitsrisiko werden Ausreiser meist erst dann, wenn sie mit Kampferfahrung zurückkehren und »ihren Dschihad in unsere Städte tragen«, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière es formulierte. Diese Rückkehrer-Problematik hat jüngst Belgien schwer zu spüren bekommen; am 14. Mai diesen Jahres drang ein bewaffneter Mann in das Jüdische Museum in Brüssel ein und schoss um sich. Dabei kamen vier Menschen ums Leben. Die Ermittlungen ergaben, dass der mutmaßliche Täter ein Jahr lang an der Seite radikalislamistischer Dschihadisten in Syrien gekämpft hatte.

Um dieser Gefahr von Rückkehrern zu begegnen, wird die Einführung einiger neuer Gesetze diskutiert. Doch muss jedes Gesetz zur Terrorismusbekämpfung rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Daniela Haarhuis von der Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt daher in einer Analyse die bisher bestehenden strafrechtlichen Handlungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte sollten mit mehr Personal ausgestattet werden, anstatt »sich in Gesetzesänderungen zu verlieren«. Das deutsche Strafgesetzbuch kennt fünf Tatbestände, die der Ahndung terroristischer Delikte dienen:

- § 89a StGB: Vorbereiten einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat
- § 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat
- § 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat
- § 129a StGB: Bildung terroristischer Vereinigungen
- § 129b StGB: Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland

Für die Anwendung dieser ist der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zuständig. In seinen aktuellen Pressemitteilungen wurden zahlreiche Ermittlungsmaßnahmen bekannt gegeben, von denen er insbesondere wegen der Verfolgung des islamistischen Terrorismus tätig geworden ist. Beispielsweise konn-

te am 18. Oktober 2014 die Ausreise eines mutmaßlichen Unterstützers einer Terrorgruppe nach Syrien mittels Festnahme verhindert werden. Insoweit zeigen die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft – meist durchgeführt durch das Bundeskriminalamt –, dass sehr wohl etablierte Strukturen vorhanden sind, um mutmaßliche Terroristen in Deutschland strafrechtlich zu verfolgen und letztlich auch präventiv an Ausreisen zu hindern. Allerdings ist die Erreichung dieser Ziele sehr stark von der Beweislage abhängig. Sind Verdächtige in terroristische Netzwerke eingebettet und kommunizieren miteinander, so gelingt ein Nachweis für eine Strafbarkeit – und somit eine Anklageerhebung und eventuelle vorläufige Festnahme – viel leichter, als wenn radikale Einzeltäter fernab staatlicher Kenntnis »herumgeistern«.

»Die größte Gefahr geht von Einzeltätern aus«, sagt auch Jörg Ziercke, scheidender Präsident des Bundeskriminalamtes. Diese »lone-wolf terrorists«, wie sie auf Englisch genannt werden, sind oftmals in der heimischen Umgebung unerkannt radikalisiert worden. Sie handeln nicht auf Weisungen und ohne Unter-

Die größte Bedrohung geht von Einzeltätern aus, doch wie groß ist die Gefahr der »lone wolves« überhaupt?

stützung einer Terrorzelle. »Lone wolves« zu verfolgen, bevor sie einen Anschlag begehen, ist gerade wegen ihrer konsequenten Unauffälligkeit bis zur Tat äußerst schwierig und deshalb ein Albtraum für die Sicherheitsdienste. Fraglich ist, ob Aufwand und zu erwartender Erfolg bzw. zu befürchtender Schaden in angebrachter Relation zueinander stehen? David Gomez schreibt in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy*, dass die Verfolgung dieser Einzeltäter eine Zeit- und Geldverschwendung für die Sicherheitsbehörden ist. Für ihn ist klar, dass potentielle Attentate durch »lone wolves« nicht durch intensivere staatliche Beobachtung verhindert werden können. Insbesondere würde eine solche Maßnahme in grobem Missverhältnis zu dem erforderlichen personellen Aufwand und den zusätzlichen Grundrechtseingriffen stehen. Damit die Staatsanwaltschaft und Polizei Ermittlungen aufnehmen können, müssen in Deutschland – ähnlich wie in vielen anderen Ländern – nach der Strafprozessordnung »zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte« für eine Straftat vorliegen. Einzeltäter zeichnen +

sich aber gerade dadurch aus, dass sie vor ihrem eigentlichen Attentat niemals auffällig geworden sind. Somit gestaltet sich eine strafrechtliche Verfolgung der »lone wolves« vor einem geplanten Anschlag nahezu unmöglich. Gomez spricht von weniger als ein Prozent der Straftäter, die potentiell als psychopathische Amokläufer hervorgehen könnten. Diese aufzudecken zu versuchen würde einen erheblichen Analyseaufwand innerhalb eines möglicherweise in Betracht kommenden Personenkreises bedeuten, der es angesichts der statistisch winzigen Gefahr eines Anschlags durch einen Einzeltäter nicht wert wäre. Es wäre die sprichwörtliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen.

Eine weitere Möglichkeit Ausreisen in den »heiligen Krieg« zu unterbinden, wäre ein Reisepassentzug von Verdächtigen. Nach dem Passgesetz kann ein Reiseausweis unter anderem dann versagt werden, »wenn bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass der Passbewerber die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet« oder wenn er eine schwere staatsgefährdende Straftat vorbereiten wird. Aber

Das bestehende Strafrecht ist angemessen, um Terroristen zu verfolgen und Ausreisen zu verhindern.

auch hier gilt es rechtsstaatliche Prinzipien zu beachten: liegen konkrete Anhaltspunkte vor? Sind alle Voraussetzungen erfüllt? Eine bloße Vermutung reicht in keinem Fall aus, stellt doch eine Reisepassversagung und vor allem ein Reisepassentzug einen massiven Eingriff in das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) einer Person dar. Sollten zukünftig Mutmaßungen allein den Behörden solche Schritte erlauben, wäre eine Gesetzesänderung vonnöten. Doch abgesehen davon, dass diese wohl verfassungswidrig wäre, zweifelt Daniela Haarhuis außerdem an der Richtigkeit des Vorgehens, Gesetze nur deshalb zu ändern, weil die Erkenntnislage nicht ausreicht.

Das könnte wieder zu terroristischen Gefahren in Deutschland selbst führen. Denn werden gewaltbereite Islamisten gezwungen, im Land zu bleiben und wird ihnen somit verwehrt, ihre »dschihadistischen Fantasien« im ersehnten heiligen Krieg zu erfahren, könnten sie stattdessen dazu verleitet sein, sie hierzulande auszuleben. Fraglich ist deshalb, ob die hartnäckigen Bemühungen, Ausreisen zu

stoppen, tatsächlich der Verhinderung von Anschlägen in Deutschland zugutekommen. Rückkehrer bleiben nicht in jedem Fall radikalisiert und ideologisch gefestigt, sondern können durchaus nach der propagandistisch schönegeredeteten »Abenteuerreise« in den Dschihad desillusioniert wieder ankommen und keine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Doch ob eine solche »Entradikalisierung« durch eine stillschweigende Duldung der Ausreisen eine zielführende sicherheitspolitische Maßnahme darstellt, erscheint einerseits schon deshalb bedenklich, weil der Staat damit Straftaten tolerieren würde, die im Ausland begangen werden. Andererseits kann nicht mit absoluter Sicherheit festgestellt und abgegrenzt werden, wer sich nach seiner Rückkehr vom islamistischen Gedankengut komplett abgewandt hat, oder wer sich zumindest soweit abgewandt hat, dass von dieser Person keine Verbrechen in diesem Zusammenhang zu befürchten sind. Ferner würde sich die Einschätzung einer möglichen »ideologischen Rückfallgefahr« für die Behörden schwierig gestalten. Die Folge wäre auch in diesem Fall ein Mehraufwand durch individuelle Analysen und längerfristige Observationen. Der Staat könnte aber auch Ausreisen in der Hoffnung dulden, dass die Islamisten im Kriegsgebiet um ihr Leben kommen, was bei den täglichen Gefechten der Terrormilizen nicht unwahrscheinlich ist. Es erscheint jedoch merkwürdig, den eigenen Bürgern zu gestatten, sich eigenverantwortlich in Lebensgefahr zu begeben, um damit fest auf ihren Tod zu hoffen, damit sie später kein Sicherheitsrisiko darstellen. Der Staat hat eine Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern, die sich aus den Grundrechten ableitet, zu denen auch das Recht auf Leben zählt. Zwar könnte mit dem »Schutz-durch-Eingriff«-Prinzip argumentiert werden, dass der Staat durch die geduldete Ausreise und die damit einhergehende Lebensgefahr das Recht auf Leben der Terroristen vernachlässigt, um das Leben derjenigen zu schützen, die einem möglichen Anschlag durch eben diesen Terroristen zum Opfer fallen könnten. Hierbei würde der Staat jedoch »Leben gegen Leben« abwägen, was mit der Menschenwürdegarantie unvereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen klargestellt, dass die staatliche Schutzpflicht aus den Grundrechten nicht weiterreichen kann, als die jeweilige subjektive Berechtigung des Grundrechtsträgers selbst. Diese ist in Bezug auf das Leben und die Würde umfassend, sodass jeglicher Eingriff grundgesetzwidrig wäre.

Die Frage, ob es für die Gewährleistung der inneren Sicherheit effektiver wäre, Ausreisen soweit wie möglich zu verhindern oder sie zu tolerieren, stellt sich somit juristisch gesehen nicht. Letztere Variante ist nicht mit unserem Recht in Einklang zu bringen, und darf deshalb nicht in Betracht kommen. Die derzeit bestehenden straf- und verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten sind geeignet und

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

angemessen, um Terroristen zu verfolgen und Ausreisen zu verhindern. In einer Zeit, in der es wegen internationaler Konflikte, wie aktuell der Bedrohung durch den IS, zu einer höheren Belastung der Sicherheitsdienste kommt, kann die Funktionsfähigkeit und Effektivität des bestehenden Systems nur durch zusätzliche personelle und finanzielle Investitionen aufrechterhalten werden. Trotz den damit verbundenen Kosten muss die Politik diesen Weg gehen, damit Bürger weiterhin in unserer Freiheit gewährleistenden staatlichen Ordnung Sicherheit genießen. Rechtsstaatliche Schranken der Gesetzgebung und Strafverfolgung müssen respektiert und akzeptiert werden, selbst wenn durch diese Grenzen Sicherheitslücken – wie etwa durch lone wolves – nie absolut ausgeschlossen werden können. Zu dieser Einschränkung als konstituierendes Merkmal einer demokratischen Werteordnung hat das Oberste Gericht Israels in einem Urteil aus dem Jahr 1999 eindrucksvoll ausgeführt: »Es ist nun einmal der Sinn und das Schicksal einer Demokratie, dass ihr nicht alle Mittel erlaubt sind und ihr nicht sämtliche Praktiken [...] offen stehen. Auch wenn die Demokratie oft mit einer hinter ihrem Rücken gefesselten Hand kämpfen muss, behält sie doch am Ende die Oberhand.« ...

Rohan Sinha *studiert Rechtswissenschaften an der Universität Passau.*

Quellen und Links:

[Themenseite des Bundesamtes für Verfassungsschutz über Islamismus und islamistischen Terrorismus](#)

[Ahmad Mansour: »Salafistische Radikalisierung – und was man dagegen tun kann«](#)

[Pressemitteilungen des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof](#)

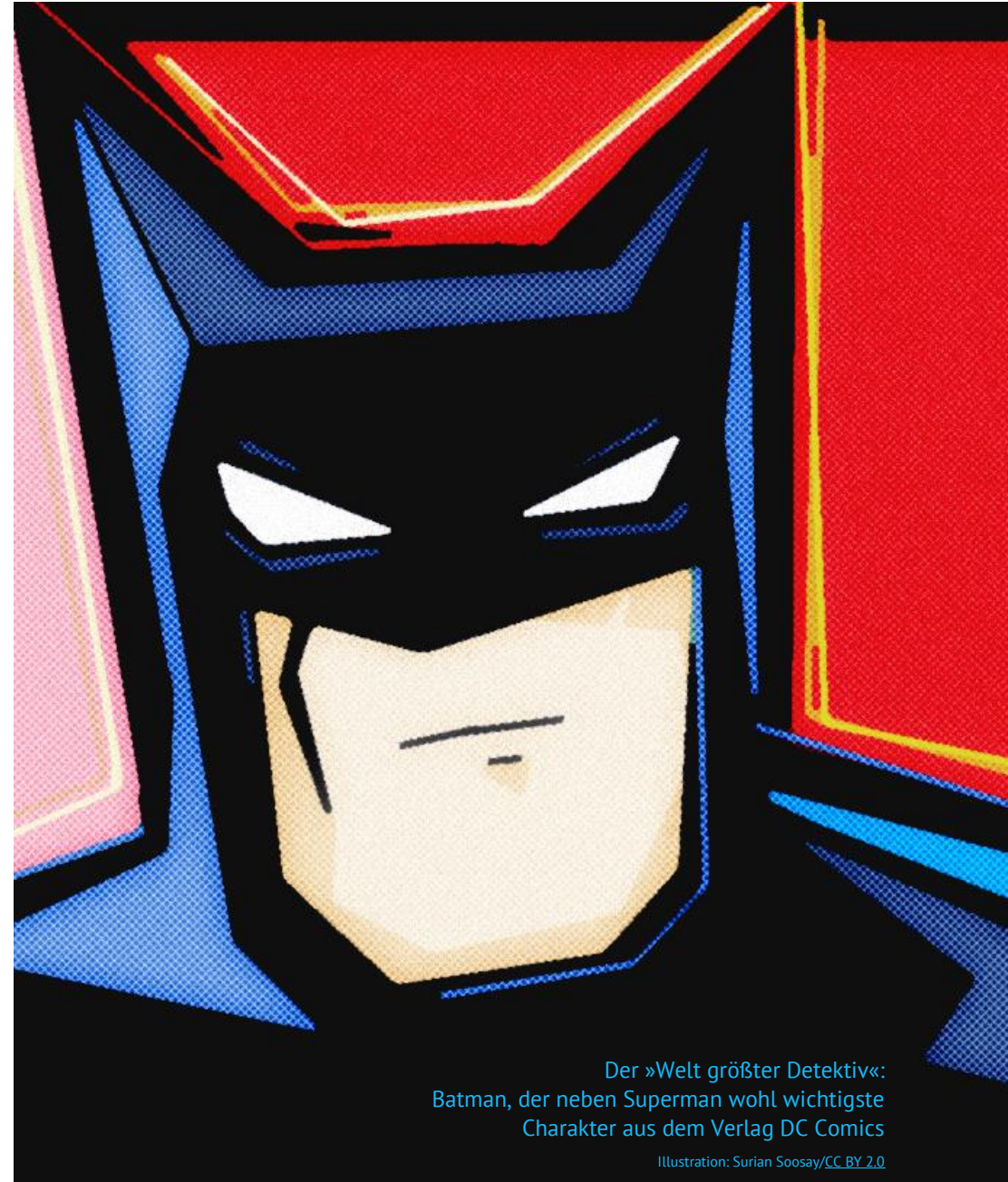
[Die Welt: »Die deutsche Hilflosigkeit im Angesicht des Terrors«](#)

Wäre Batman zur Tea Party eingeladen?

Wer die amerikanische Perspektive auf die Innere Sicherheit begreifen will, sollte unbedingt zu einem der wichtigsten Medien der Popkultur greifen: dem Comic. In »Comic Book Crime« erklären zwei Kriminologinnen den soziologischen Zusammenhang.

Ohne Spiderman wäre er wohl nicht darauf gekommen: Richter Jack Love aus Albuquerque, New Mexico, war 1983 der erste, der einen Straftäter zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verurteilte. Denn zur Lektüre des Richters gehörten auch die Abenteuer des berühmten Marvel-Superhelden; und in einer Geschichte war Spiderman von Bösewicht Kingpin ein ähnliches Spürgerät verpasst worden, mit dem der Übeltäter die Bewegungen seines Gegners verfolgen konnte.

Mit dieser Episode amerikanischer Kriminalitätsgeschichte steigen Nickie D. Phillips, Associate Professor am St. Francis College in New York, und Staci Strobl, ebendort Associate Professor am John Jay College, in ihre sozialwissenschaftliche Studie »Comic Book Crime: Truth, Justice, and the American Way« ein. Das Buch ist Teil der Alternative Criminology Series der New York University Press und fachlich angesiedelt in der Cultural Criminology. Eine theoretische +



Der »Welt größter Detektiv«:
Batman, der neben Superman wohl wichtigste
Charakter aus dem Verlag DC Comics

Illustration: Surian Soosay/CC BY 2.0

LITERATUR

Strömung, die Kriminalität als Konstruktion begreift und dabei vor allem die jeweils gegebenen kulturellen Bedingungen berücksichtigt.

Phillips und Strobl untersuchen in ihrer Arbeit amerikanische Comicbücher, um dadurch die Einstellung von US-Bürger zu »crime and justice« verstehen und nachvollziehen zu können. Erklärtes Ziel der beiden Autorinnen ist es, ihre Leserinnen und Leser für die Subkultur des Comics zu sensibilisieren. Sie schlussfolgern: »We suggest that the impact of comic books is greater than it may first appear.«

Aber von Anfang an: Phillips und Strobl unterteilen ihr Werk in zehn Kapitel. Mit Kapitelüberschriften wie »Aren't we supposed to be the good guys?« oder »Take down the bad guys, save the girl« bedienen sie sich gleich stilistisch einer Comic-Terminologie. Weitestgehend untermalen sie ihre Ausführungen mit beispielhaften Erzählungen aus Comicbüchern.

Grundsätzlich analysieren Phillips und Strobl Comics, die nach dem 11. September 2001 erschienen sind. Trotzdem erklären sie zuvor die Geschichte des Comicbuches in den USA vor 2001 und geben beispielsweise darüber Aufschluss, wie sich die Comic-Industrie durch den »Comics Code« seit 1954 selbst zensierte. Eine Veränderung dieser Eigenkontrolle, um staatlicher Aufsicht zuvor zukommen, zeichnen die späteren Ausführungen der beiden Wissenschaftlerinnen nach.

Weiterhin zeigen die Autorinnen in ihren historischen Analysen sehr deutlich die Parallelen zwischen Fiktion und Realität auf: wie sich beides gleichermaßen nach historischen Ereignissen ändert, wie zum Beispiel nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941. Dabei betrachten Phillips und Strobl nicht nur die Veränderung der Superhelden, sondern auch die der Bösewichte und stellen dabei den in Comics immer wiederkehrenden Kampf zwischen »Gut« und »Böse« heraus. Sie weisen auf die Einzigartigkeit des amerikanischen Comicbuches hin, nämlich einen niemals endenden Kampf für ein Utopia. Daraus schließen sie, dies sei Ausdruck des Wunsches der Amerikaner nach Freiheit und Demokratie.

Phillips und Strobl befassen sich mit vielen kriminologisch relevanten Themenbereichen: von Cesare Lombrosos anthropologischer Kriminalitätstheorie, über die Soziale Desorganisation nach Clifford R. Shaw und Henry D. McKay bis hin zur Untersuchung der Konstruktion des »Bösen« im fünften Kapitel unter dem stimmigen Titel: »That's the trouble with a bad seed. Villians and the embodiment of evil«. Genauso setzen sie sich mit den für die Cultural Criminology wichtigen Aspekten wie Geschlecht, Sexualität, Ethnizität und den (auch historisch begründeten) dazugehörigen Vorurteilen in Comicbüchern sehr differenziert auseinander. Dabei stellen sie fest, dass der amerikanische Durchschnittssuperheld weiß, männlich und heterosexuell ist – nicht wirklich überraschend, allerdings gibt es auch Ausnahmen.

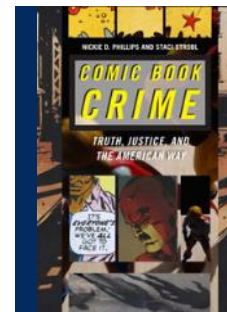
Leider findet die Methodik, die Phillips und Strobl für ihre Analyse benutzt haben, nur kurz in der Einleitung und im Anhang Erwähnung. Trotzdem oder gerade deswegen ist dieses Buch sicherlich nicht nur für Comicfans eine interessante Lektüre, es ist auch für sozialwissenschaftlich unerfahrene Leser verständlich und interessant. So lässt sich das neunte Kapitel, »Apocalyptic Incapacitation: The »Maximum-Maximum« response to crime«, als kurze Einführung in die Kriminologie lesen.

Bei Phillips' und Strobls Analysen fällt auf, dass sie Comicleserinnen und -leser als kritisch und reflektiert porträtieren, der oder die sich der Karikierung der Realität in diesem Medium sehr wohl bewusst ist und es eben genau zu der genannten Auseinandersetzung mit Diversität nutzt. Leider scheint diese Toleranz aber nur auf die Comic-Gemeinde zuzutreffen. So beschreiben Phillips und Strobl in ihrem Fazit den *american way of life* mit den Worten: »We believe these books reflect a general and enduring American social conservatism and fear of crime that are palpable in many other media and reflect the larger social context.« Etwas verwirren kann da, dass auf der anderen Seite Superhelden für »attacks on conservative American values« dienen können. Damit lassen Phillips und Strobl ihre Leser am Ende doch ziemlich allein, ob Comicbücher nun eher die konservativen amerikanischen Werte unterstützen oder sie herausfordern.

Trotzdem: Es ist den Autorinnen gelungen aufzuzeigen, dass Comics – zumindest im amerikanischen Kontext – dazu geeignet sind, einen größeren sozialen Zusammenhang zu untersuchen und auch zu verstehen. So versöhnen Phillips und Strobl mit der Feststellung, dass das Comicbuch nicht die Ursache des *american way of life* ist, sondern nur dessen Reflexion.

Sarah Schirmer

Diese Rezension ist in ähnlicher Form bereits in den Blogs [Criminologia](#) und [Surveillance Studies](#) erschienen.



Nickie D. Phillips und Staci Strobl

**»Comic Book Crime.
Truth, Justice, and the American Way«**

New York (New York University Press) 2013,
295 Seiten, circa 20 Euro

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der *ADLAS* erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe) (V.i.S.d.P.), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Dieter Imme (dim), Philipp Janssen (jap), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: mmo

Autoren: Dona Barirani, Angela Heucher, Andreas Plöger, Anna Przybyll, Magdalena Rodekirchen, Sarah Schirmer, Sarah-Kay Schotte, Rohan Sinha, Michael Wagner, Maike Vogt

Danke: Mrs. Don T. & Mr. Don T. jr.

Copyright: © *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. ...

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. ...

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Architect of the Capitol



AUSGABE 1/2015

Schwerpunkt USA Sicherheit vs. Freiheit